



EINE LINKE ZEIWOCHENZEITUNG

■ Feinkost contra Ex-Treuhand

Hilft die Kommunalwahl? Hoffnung beim Streit um einen Kunst- und Gewerbehof in Leipzigs Südmagistrale **Seite 3**

■ Wer baute das Wohnhochhaus?

Ein Stadtrat erinnert an die Zeit, als Häuser von Arbeitern errichtet wurden **Seite 4**

■ Sicherheitsrisiko Innenminister

Die katastrophalen Zustände in Horst Raschs Ressort **Seite 7**

■ Die Illusion des NOK

Klaus Huhns Zeitungsschau nach der Entscheidung von Lausanne **Seite 13**

11

2004

12. Jahrgang

28. Mai

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

NEUE VISIONEN

ARBEITSPLÄTZE
STATT ABWANDERUNG

SOZIALE STADT MIT DEN BÜRGERN

KULTUR UND SPORT FÜR ALLE

one family

Marc Ranstetter

Kein Wunder

Nach dem „Du bist raus!“ sind die Wehklagen mittlerweile verstummt, nüchternes Umdenken hat begonnen, aber wohl noch nicht allerwärts Platz gegriffen.

Es war eine Hoffnung, aber eine auf schwachen Füßen. Wenn man den Kritikpunkt Infrastruktur nicht nur im engen Sinne auf Sportstättennetz und Verkehrswege bezieht, ist damit der Nerv getroffen. – Rings um die Leuchttürme der Stadterneuerung: öde Magistralen, allgemeine Verlotterung, je weiter man sich vom Zentrum entfernt, Ausdünnung der Bevölkerung, Abriss. Das ist nur das äußerliche Bild. Im Inneren prägen leere Kassen, soziale und kulturpolitische Impotenz zunehmend die Szenerie. Statt wirtschaftlicher und kommunaler Prosperität breiten sich Stagnation und gar Rückschritt aus und lähmen immer mehr das öffentliche Leben. Und es ist einfach nicht wahr, wenn Oberbürgermeister Tiefensee davon spricht, die Zeit seit 1989 habe nicht ausgereicht, um überzeugende Fortschritte zu erreichen, denn die Lage hat sich seitdem in vielem verschlechtert.

In dieser seit Jahren anwachsenden Misere kam Olympia gerade recht, aber Augenauswischerei war von Anfang an dabei. Der ehrliche Enthusiasmus vieler Leipziger wurde missbraucht, indem die kommunalen Potentiale beschönigend beurteilt und Hoffnungen geweckt wurden, wo nur ein aus der Not geborener Zweckoptimismus herrschte. Auch mit Olympia hätte es keine dauerhafte Wende zum Besseren gegeben. Es rettet uns kein höh'eres Wesen, nicht Olympia und nicht „Messias“ BMW, nicht der Citytunnel oder irgendein anderes Wunderwerk.

Wer jetzt Leipzig und Olympia 2016 in Zusammenhang bringt, ist noch weit davon entfernt, zu einer realistischen Sicht zu finden und die Weichen neu zu stellen. Falsch wäre es sicherlich aber auch, alle hochgesteckten Ziele und Projekte zu begraben und es damit gut sein zu lassen. Leipzig muss jetzt neue Wege finden – auch unter den ungünstigen Rahmenbedingungen, die das heutige Deutschland den Kommunen zumutet.

Leipzigs Bürger haben es verdient, künftig reinen Wein eingeschenkt zu bekommen, was die Zukunft ihrer Stadt betrifft, sie haben es verdient, dass auf allen Ebenen die Politik des Hoffens und Harrens, der falschen Diagnosen und Versprechungen ausgeräumt wird und einem realistischen und ehrlichen Herangehen Platz macht.

• GÜNTER LIPPOLD



Prof. Köhler, neuer Bundespräsident ...

Wir haben einen neuen Bundespräsidenten.

Ja und? Horst Köhler heißt er, ein Mann des Großkapitals ist er.

LN fragte den Antifaschisten Prof. Hans Lauter aus Chemnitz, den die PDS als Wahlmann delegiert hatte, was ihm am Wahlsonntag durch den Kopf ging.

Ich erinnere mich an das Jahr 1934 – ich war damals in Moskau – und an Georgi Dimitroffs Worte über die Unfähigkeit der Kommunisten, tragbare Kompromisse einzugehen. Diese Mahnung hat mich mein Leben lang begleitet. Und so stimme ich für die Sozialdemokratin Gesine Schwan. Ihre Parteizugehörigkeit lässt nicht zu, sich gegen die Agenda 2010 zu positionieren. Ausschlaggebend, dass ich sie dennoch wählte, ist ihre klare Ableh-

nung der Gleichsetzung des Hitlerregimes mit der DDR, der „zwei Diktaturen“, wie der Zeitgeist sagt.

Was Köhler betrifft: Auch wenn die Befugnisse des Bundespräsidenten mit denen der in Weimarer Zeit nicht zu vergleichen sind, so ist er doch ein konsequenter Vertreter des Monopolkapitals. Das bedeutet trotz schöner Worte die Außerachtlassung der Interessen der von der kapitalistischen Globalisierung Betroffenen.



... und Prof. Lauter, der ihn nicht wählte

Was für pulsierende Wege übers Land!

Wer erinnert sich nicht gern an die vom DDR-Fernsehen produzierten „Straßenfeger“? Wer hat sie nicht gesehen, die Mehrteiler „Wege übers Land“ und „Daniel Druskat“? Der Mann, der für beide Fernsehfilme die Romanvorlagen lieferte, wird am 1. Juni 80 – Helmut Sakowski.

Ich hoffte, dass unser MDR-Fernsehen oder der RBB in geeigneter Form auf dieses Jubiläum eingehen und sie diese DDR-Filme nochmals zeigen würde. Doch leider ist den Programmzeitschriften nichts dergleichen zu entnehmen. Keine Sakowski-Filme, kein Porträt, keine Hommage. Vielleicht wird das Jubiläum irgendwo in den Nachrichten oder in einem spät gesendeten Kulturmagazin erwähnt, doch das dürfte zu wenig sein, um Helmut Sakowskis Schaffen zu würdigen. Er, der wie kein Zweiter die schwierige Nachkriegszeit auf dem Lande aus eigenem Erleben skizzierte, der mit seinen Figuren Charaktere prägte, die Ecken und Kanten hatten, die aber zum damaligen und späteren Leben in der DDR einfach dazugehörten.

Liegt es daran, dass solche Charaktere heute nicht mehr gefragt sind? Will man vielleicht angesichts der rechtlichen Querelen um die Bodenreform kein Öl ins Feuer gießen? Die damaligen Geschichten sind ja lange her. Soll deshalb den jungen Menschen dieser Abschnitt der DDR-Geschichte vorenthalten werden? Oder soll vermieden werden, dass ein Daniel Druskat mit seinen Ecken und Kanten eventuell zum Vorbild gedeihen könnte?

• HANS-JÜRGEN BERG

Eine andere, eine mahnende Erinnerung an

Pfingsten, das Fest des Friedens

Pfingsten, der fünfzigste Tag nach Ostern, gilt in den christlichen Kirchen des Westens als der Tag der Herabsendung des Heiligen Geistes und der Gründung der Kirche. Pfingsten, das ist der Tag des Friedens und der Freude auf Erden und war schon in vorchristlichen Zeiten von fröhlichem Brauchtum begleitet. Fruchtbarkeitskulte, Brunnenfeste, das Aufstellen von Pfingstbäumen – jede Zeit und jede Region hat ihr Eigenes eingebracht.

Die Faschisten auch.

Am 28. Mai 1944, einem Pfingstsonntag, wurde in La Borie/La Parade eine Gruppe von 60 Partisanen, der auch deutsche Widerstandskämpfer angehörten, von 5000 Okkupanten umzingelt. Den ganzen Tag über währte der ungleiche Kampf. Die überlebenden Partisanen wurden erst, als sie keine Munition mehr hatten, überwältigt und anschließend von den deutschen Faschisten ermordet. Französische Bauern fanden

unter den verstümmelten Opfern auch Max Frank, Bauarbeiter aus Bayern, hinter dem bereits lange Haft in Gefängnis und Konzentrationslager lagen und der als politischer Leiter dieser Gruppe kämpfender KPD-Mitglieder gewirkt hatte. Unter den Toten, an die am Ort des Geschehens ein Obelisk erinnert, befand sich auch Alfred Bucher, ein parteiloser Antifaschist aus Leipzig.

• K. SCH.

Der linke Demokrat und Theologe Friedrich Schorlemmer wurde am 16. Mai 60 Jahre

Aber Schwerter wurden nicht zu Pflugscharen

Der Prediger und Kirchenmann Friedrich Schorlemmer ist ein Meister symbolhafter Handlungen. 1983 ließ er beim Kirchentag im Wittenberger Lutherhof ein Schwert zur Pflugschar umschmieden – anknüpfend an die alttestamentliche Vision „Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen“. 1988 verteilte Schorlemmer auf einem Kirchentag in Halle „20 Wittenberger Thesen“, mit denen der Theologe für Reformen in der DDR votierte. Zwar kritisierte er den vormundschaftlich geprägten Staat, aber er blieb ein Bürger, der auf einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz hoffte. Im Herbst 1989 engagierte er sich beim Demokratischen Aufbruch. Und als DDR-Spitzenpolitiker am 9. November die Mauer öffneten, stemmte sich der Wittenberger vehement gegen das jähe Ende seiner

begründeten und in die Zukunft weisenden Hoffnungen.

Am 28. November 1989 unterzeichnete er mit zahlreichen anderen prominenten DDR-Bürgern wie Stefan Heym oder Christa Wolf den Aufruf „Für unser Land“. Schorlemmer, der für die Freiheit des Sprechens und des Denkens eintritt, der erfüllt ist vom Wirken Dietrich Bonhoeffers und Martin Luther Kings, der den Reformator Martin Luther als Vorkämpfer für Zivilcourage und Menschenwürde versteht, schloss sich der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP) an, ab 1990 SPD. Bis 1994 wirkte er als Vor-

sitzender der Wittenberger SPD-Stadtratsfraktion und trat weiterhin unermüdet für entmündigte und Ausgegrenzte ein. Im Januar 1997 unterzeichnete er die „Erfurter Erklärung“, die der ostdeutschen Enttäuschung eine Stimme gab.

„Grund zur Sorge um den Bestand der sozialen Demokratie fordert zu neuen politischen Anstrengungen heraus“, betonte er kürzlich in einem Interview, „um Freiheit und Gerechtigkeit unter den Bedingungen des entfesselten globalen Kapitalismus neu zu gewinnen.“

• HERMANN GERATHEWOHL

Für mehr Rot im Rathaus

LN. 14 Tage vor der Kommunalwahl am 13. Juni startet die Leipziger PDS unter dem Motto „Für mehr Rot im Rathaus“ die heiße Wahlkampfphase. Sie wird in zehn Leipziger Kinos mit Wahlspots und einer Kartenverteilaktion der PDS-Jugend vor den entsprechenden Kinos eingeleitet. Der Kinospot ist auch unter www.pds-leipzig.de zu betrachten.

In der letzten Woche vor der Wahl werden an allen Info-Ständen der Leipziger PDS Tomaten verteilt, sozusagen zur Bestätigung des Wahlslogans.

Wählst du FDP und CDU, dann nähe dir die Taschen zu! Auch bei Grünen und SPD tut's im Portemonnaie recht weh. Mach bei der PDS dein Zeichen, dann zahlen auch die

Superreichen.

HEIKO KOSEL

„Wie lange noch diese Zumutung?“

fragt Pfarrer Führer OBM Tiefensee

LN. Nikolaipfarrer Christian Führer hat Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee gebeten, wegen der ständigen Aufmärsche von Rechtsextremisten in der Stadt einen Runden Tisch ins Leben zu rufen.

„Wenn Demokratie etwas mit Mehrheiten zu tun hat, dann sind diese Neonazi-Aufmärsche – elf seit September 2001 – nicht nur eine Zumutung für die Stadt und ihre Einwohner, sondern zutiefst undemokratisch“, heißt es in dem Brief an den OBM, in dem der Pfarrer auch fragt, „wie lange der Rechtsstaat noch bereit ist, Leipzig diesen Zumutungen auszuliefern“. Wochs nächster Aufmarsch ist womöglich schon am 5. Juni. Ist Leipzig gerüstet?

LESER MEINEN

Empören nützt kaum

Empören nützt wohl kaum etwas. Ich frage mich, ob es unter den vielen Gesetzen, die manchmal kaum durchschaubar sind, nicht doch eins gibt, das in Zukunft verhindert, dass Millionen ausgegeben werden für den Schutz der Nazis und ihrer Machtdemonstrationen. Es ist meines Wissens kein Ausdruck von Demokratie, wenn die Mehrheit noch für die menschenfeindlichen Parolen und Krawalle bezahlen muss.

Es ist auch kein Ausdruck von Demokratie, wenn die von der Mehrheit gewählten Stadtoberhäupter nicht einmal das Recht haben, diese Auftritte zu verbieten und Maßnahmen gegen die Neonazis zu ergreifen. Ich denke, wenn es so ein Gesetz tatsächlich nicht geben sollte, so wäre es ja möglich, ein solches zu schaffen. Ich habe davon gehört, dass Gesetze von Menschen gemacht werden ...

ILONA KIEßLING, LEIPZIG

Wozu,

frage ich mich, hatten wir 1918 in Deutschland eine Revolution? Bloß damit führende Sozialdemokraten ihre eigene Sache verraten können? Nicht ganz, immerhin ging die ganze Adelssippschaft ihrer Titel verlustig. Jedenfalls im offiziellen Umgang mit ihnen. Journalistische Schleimer hier und heute ficht das nicht an. Während der Phönix-Übertragung zur Wahl des Bundespräsidenten kroch wieder so einer Ihrer Exzellenz Fürstin von Thurn und Taxis in den Allerwertesten ... • MILIANE MAUS

An der Ecke Karl-Liebknecht-Straße/Braustraße befindet sich gegenüber einem auffälligen, von Fischer-art bunt bemalten Mietshaus das sanierungsbedürftige Fabrikgelände des früheren VEB Feinkost Leipzig. Viele Jahre fristete das von der Treuhand übernommene Volkseigentum ein kümmerliches Dasein, bis nach und nach kleine Gewerbetreibende das Areal für sich entdeckten, Hof, Hallen und Innenräume säuberten, Mietverträge abschlossen und Geschäfte gründeten.

1999 erregte die Feinkost Aufsehen durch die 1973 entstandene und im Volksmund als „Löffelfamilie“ bekannte Neonreklame an der Giebelwand eines der Gebäude. Enthusiasten von der *naTo*, der *Moritzbastei* und dem *Honky Tonk*, unterstützt durch Spenden vieler Bürger und Firmen, sorgten damals für ihre Instandsetzung und erhielten sie am Leben oder besser gesagt am Leuchten. Seitdem löffelt die Löffelfamilie wieder. Inzwischen ist sie zum Symbol einer Interessengemeinschaft (IG) geworden, die man auch die „Feinkostfamilie“ nennen könnte.

Attraktives Tor zur Südvorstadt

Diese IG hat sich seit Jahren die Schaffung eines Kultur- und Gewerbehofes auf dem Gelände als attraktives Tor zur Südvorstadt zum Ziel gestellt. Zu ihr gehören die jetzigen Mieter – die Fahrradwerkstatt „Rücktritt“, das Computergeschäft „Absturz“ und der Klamottenladen „Mrs. Hippie“, der bereits in den *Marco Polo Reiseführer* über Leipzig Eingang gefunden hat. Die Namen verraten, dass hier kreative und einfallsreiche Unternehmer am Werk sind. Zur IG Feinkost gehören außerdem die *naTo e.V.* mit ihrem umtriebigen Geschäftsführer Falk Elstermann, einem der geistigen Köpfe des Projektes, die *AG Kommunales Kino* und *Lofft*. Die *naTo* ist ein „kultiges“ kulturelles Zentrum mit Kneipe im früheren Veranstaltungshaus der „Nationalen Front“ in der Karl-Liebknecht-Straße und organisiert erfolgreich Musikshows, Filmveranstaltungen, Buchlesungen, Theatervorführungen und Events wie das berühmte Seifenkistenrennen.

Der Kultur- und Gewerbehof soll nach der Sanierung der alten Gebäude 20 bis 25 Gewerbe beherbergen, die nicht in Konkurrenz zu den bereits in der Karl-Liebknecht-Straße ansässigen Geschäften stehen und außerdem die neue Heimstatt der *naTo e.V.* und ihrer Partner mit ihrem vielfältigen Kunst- und Kulturangebot werden. So soll aus dem alten Fabrikhof ein Magnet für Leipzig entstehen, der sich durch einen ausgewogenen Branchenmix aus kleinen Läden, Handwerksbetrieben und gastronomischen Einrichtungen sowie vielfältigen künstlerischen und kulturellen Angeboten auszeichnet. Es wäre ein attraktiver Ort, den Menschen gern aufsuchen, der überrascht und diskutiert wird.

Konzern contra Südmeile

Die Pläne der IG Feinkost kollidieren allerdings von Anfang an mit dem Konzept des Eigentümers der Immobilie, der Treuhandliegenschaftsgesellschaft Immobilien GmbH (TLG).

Die TLG ist ein großer bundeseigener Konzern, der in ganz Ostdeutschland zahlreiche Niederlassungen besitzt und sich vom Treuhand-Privatisierer zu einem renditeorientierten Immobilienbestandsunternehmen entwickelt hat. Er konzentriert sich ausschließlich auf den Markt und die Erwirtschaftung von Ge-



Foto: Märker

„One family“: der Slogan lebt weiter – dank IG Feinkost

winn. Das Kerngeschäft sind die Revitalisierung von Industriebrachen, Joint-Ventures bei Gewerbeprojekten, die Sanierung und der Neubau von Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie die Erschließung von Bauland.

Discounter und kulturelle Verödung?

Die TLG will die alten Gebäude abreißen, auf dem Gelände zwei große Discounter (Rewe, Aldi, Rossmann oder Schlemmer) errichten und der IG Feinkost nur einen kleinen, nicht ausreichenden Teil belassen. Zur Realisierung ihrer Interessen hatte sie bereits mit den zuständigen Ämtern der Stadt die Erarbeitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes durchgesetzt. Das Vorgehen der in Dresden ansässigen Niederlassung der TLG in der Auseinandersetzung mit der Feinkostfamilie war leider zum Teil von unfairen und arroganten Maßnahmen und Unterstellungen gekennzeichnet.

Nach Ansicht der IHK Leipzig hätten die Discounter neben der kulturellen Verödung der „Ecke“ verheerende Folgen für die Karl-Liebknecht-Str., da sie die Schließung von Läden auf der „Südmeile“ zur Folge hätte, die als einzige noch funktionierende Geschäftsstrasse Leipzigs gilt. Der finanzielle Umfang des Objektes (10 Millionen Euro) würde außerdem zu unbezahlbar hohen Mieten für die mittelständischen Gewerbetreibenden und die Kulturvereine führen.

7500 Unterschriften

Die Feinkostfamilie wehrte sich. Höhepunkt war die Sammlung und Übergabe von 7500 Unterschriften an den OBM. Die Auseinandersetzung wurde nun vorerst durch einen Beschluss des Ausschusses Stadtentwicklung vom 11. Mai dieses Jahres gestoppt.

Der politische Wille der Stadt ist es jetzt, der Interessengemeinschaft eine Chance zur Verwirklichung ihrer Pläne zu geben. Die Erarbeitung des B-Planes geht nicht weiter, eine Abrissgenehmigung wurde nicht erteilt. Beide Kontrahenden wurden zu neuen Verhandlungen aufgefordert, wobei sichtbar wird, dass die Kommune das Konzept der IG favorisiert.

Chance dank Wahlzeit

Die PDS hatte als einzige Partei von Anfang an die Bildung eines Kultur- und Gewerbehofes unterstützt, weil sie klar erkannt hatte, dass insbesondere die Anwohner von dieser Lösung Nutzen haben würden. Die SPD hat sich, jetzt auch sichtbar auf ihren Wahlplakaten zur Kommunalwahl in Leipzig, ebenfalls angeschlossen. Wie immer erhalten Bürgerinitiativen in Zeiten von Wahlen Aufwind. Deshalb ist es für die IG auch wichtig, möglichst bis zu den Kommunalwahlen in Leipzig unumkehrbare Tatsachen in Form eines Stadtratsbeschlusses zur Zukunft der Feinkost zu erreichen.

Am 18. Mai legte die IG nun ihr unter

Leitung eines Architekten erarbeiteten Gesamtkonzept vor. Es sieht die Bildung von zwei Körperschaften vor, einer Genossenschaft für den gewerblichen Bereich und einem Kulturzentrum unter Federführung der *naTo e.V.* Beide planen, ihren Bereich auf dem alten Fabrikgelände zu kaufen und zu sanieren, wobei der Innenausbau überwiegend durch Eigenleistungen der Nutzer erfolgen soll. Die Finanzierung und Refinanzierung, deren komplizierte Regelungen hier nicht erörtert werden sollen, ist gesichert. Das Konzept für den „Kunst- und Gewerbehof“, wie er sich jetzt nennt, hat einen Umfang von 6,5 Millionen Euro gegenüber 10 Millionen, die Abriss und Neubau durch die TLG kosten würden.

Erwartet wird jetzt, dass auch die TLG unterstützt, was Leipzig und seine Bürger wollen.

„Montmartre von Klein-Paris“ nennt das alternative Reisemagazin MERIDIAN in seiner April-Ausgabe die Südvorstadt von Leipzig. Es ist zu hoffen, dass auch das Tor dazu dem Charakter und Fluidum angeglichen werden kann – zum Nutzen und zur Freude der dort ansässigen, aber auch aller interessierten Bürger Leipzigs. Noch ist der Kampf um das Tor zur Südvorstadt nicht beendet, aber es ist zu hoffen, dass die „Löffelfamilie“ noch recht lange löffeln wird.

• MANFRED BOLS

LN. Einen Tag nach der Olympiaentscheidung gegen Leipzig tagte turnusgemäß der Stadtrat. Er beschäftigte sich mit der gesetzlich für alle zehn Jahre vorgeschriebenen Novellierung der Polizeiverordnung und legte also fest, dass Hundebesitzer Tütchen für die Geschäfte ihrer Lieblinge mit sich führen müssen, die nicht in Papierkörbe entsorgt werden dürfen, dass illegale Sprayer mit einem Bußgeld von 1000 Euro zu belangen sind – so man sie erwischt – und dass Sexdienste nicht mehr überall offen auf der Straße angeboten werden dürfen.

Nun gut. Der Alltag hat Leipzig wieder oder immer noch. Das zeigte sich durchaus auch in den anderen Tagesordnungspunkten. Mehr noch, es ist bereits abzusehen, dass eine Reihe von „Olympiathemen“ planerisch durchaus so angelegt waren, dass sie auch bei einer Absage weitergeführt werden können. So wird die Trainingshalle an der Nordanlage dennoch entstehen und das LWB-Wohnhochhaus Wintergartenstraße, ein inzwischen gefährdetes Leipziger Wahrzeichen, erhält auch ohne Olympiade einen städtischen Zuschuss zur Sanierung. Keiner ist darüber glücklicher als PDS-Stadtrat Siegfried Schlegel, der eine besondere Laudatio auf dieses Gebäude hielt (nachfolgend dokumentiert). Die Reaktion einiger Ratsmitglieder auf seine – zugegeben heutzutage ungewöhnliche – Stadtratsrede, zeigte, wie sehr die Leipziger Ratsversammlung in der bürgerlichen Normalität angekommen ist. Schlegel irritierte, überraschte. Und das nicht nur mit seiner Sachkenntnis, mit der er akribisch auf spöttische Zwischenfragen reagierte, sondern vor allem mit seiner Herangehensweise. Einige der Damen und Herren fassten seinen Beitrag als Gaudi auf. Ist man doch längst wieder gewöhnt, dass Häuser von „Bauherren“, allenfalls noch von Architekten errichtet wurden. Dass DDR-Bauleute, dass Arbeiter mit ihrer Bautechnik und Technologie international mitbestimmen konnten, das war eine Erinnerung und eine Rede wert:

Stadtrat Siegfried Schlegel erinnerte in der Sitzung vom 19. Mai an die Zeiten...

... als Häuser noch von Arbeitern errichtet wurden

Die Werke von Architekten und Planern sind in aller Munde. An dieser Stelle soll über die Bauarbeiter gesprochen werden. Das weithin über die Stadtgrenzen hinaus sichtbare Hochhaus Wintergartenstraße ist nicht nur ein wichtiges Gebäude im Weichbild der Stadt – es hat auch eine interessante Entstehungsgeschichte. Die konsequente Ausrichtung der Wohnräume nach Osten, Süden und Westen (übrigens von Walter Ulbricht ausdrücklich nachgefragt) führte auch zu einer interessanten Drehung, was von Städtebauern heute als besonders gelungen anerkannt wird.

Errichtet wurde der Rohbau von der Betonbaubrigade unter den Brigadier Dieter Klöhn. Als Angehörige des Betriebs Kühlturmbau Leipzig im Spezialbaukombinat Magdeburg war die Brigade am Bau der damals in Europa höchsten 300-Meter-Schornsteine der Großkraftwerke Lippendorf und Thierbach beteiligt. Von 1968–1969 errichteten die Klöhns den 120 Meter hohen Gleitkörper des Universitäts-Hochhauses. Die Spitze wurde nachträglich als Stahlskelettbau montiert. 1969 wechselte die Brigade zum damaligen Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Leipzig und begann mit den Fundamentarbeiten am Wohnhochhaus Wintergartenstraße. Der Gleitprozess begann im September 1970 und war bereits im Frühjahr 1971 beendet. Mit absenkenden Schalungen wur-

den nachträglich die Decken eingebaut. Noch im gleichen Jahr zum Jahresende waren die Wohnungen weitgehend fertig gestellt. Zu den auch international anerkannten wichtigsten bautechnischen und technologischen Neuerungen gehörten die vielen großformatigen Öffnungen in der Außenwand ebenso wie die von außen sichtbaren, vorgefertigten Betonplatten. Sie bestanden aus einer Betonwetterschale mit



aufgeklebter Polystyrol-Dämmung und einem Edelstahlanker. Sie wurden so in die Gleitschalung eingelegt, dass im Ergebnis des Gleitprozesses der Rohbau mit fertiger 3-schichtiger Außen-



schale hergestellt war. Interessant ist das Gebäude auch aus wohnungspolitischer Sicht. So waren für die 1- bis 3-Raum-Wohnungen kostendeckende Mieten zwischen 100 bis 300 Mark vorgesehen. Die Wohngebäude in der Straße des 18. Oktober sollten folgen, weshalb vor allem viele Arbeiter ihre zugewiesenen Wohnungen mit vorher gebauten, preiswerteren tauschten. Diese Mietstrategie wurde dann doch nicht verwirklicht. Dem Hochhaus Wintergartenstraße sollten noch zwei Hochhäuser am Clara-Zetkin-Park in der Karl-Tauchnitz-Straße folgen, wo später 16-geschossige Punkthochhäuser vom Typ Erfurt errichtet wurden. Übrigens haben die Klöhns die Fundamente und monolithischen Keller aller 50 Leipziger 16-Geschosser gebaut. Leider wurden und werden vor allem Gebäude dieses Typs „zurückgebaut“ und abgerissen. Die durchschnittlichen Baukosten lagen je Wohnung im Hochhaus Wintergartenstraßen aber bei ca. 100 000 Mark und waren somit viermal so teuer wie die 2-Mp-Bauweise und dreimal so teuer wie die 5-Mp-Bauweise der 11-Geschosser, die zeitgleich in der Straße des 18. Oktober errichtet wurden. Angesichts der Wohnungsknappheit konnte diese Bauweise im Wohnungsbau nicht weiter verfolgt werden. Die Klöhns zeigten übrigens auch nach der Wende als Betonbauer ihr Können, so am Kaufhaus Peek & Cloppenburg. Dieter Klöhn selbst legte den Grundstein am Medienzentrum neben dem MDR-Hochhaus.

Der Kran-Kreis in Zeitlupe. Das Wachsen des Wohnhochhauses Wintergartenstraße war ein Erlebnis für die Leipziger. Foto: Archiv

SO SEHE ICH DAS



Die Neonazis ... – nein, so nennt sie der Innenminister nicht. Schily sagt „Rechtsextremisten“, schreit doch dieses Wort regelrecht nach seiner linken Ergänzung. So tut es

hierzulande auch nichts zur Sache, dass die sogenannten Linksextremisten noch nie gemordet haben, keine Ausländer und auch keine Behinderten hetzen und Andersdenkende schlimmstenfalls einfach rechts liegen lassen. Weshalb man sich in Schilys Amtsstuben wieder ziemlich abquälen musste, um die jährlich fälligen Zahlen über rechts- und linksextremistische Straftaten der Staatsdoktrin anzupassen. Wie gewohnt bekamen deshalb sämtliche antifaschistischen Aktivitäten von vornherein den Stempel linksextremistisch aufgedrückt. Auch die

Ausstellung „Spuren des Unrechts“ in Torgau

Eine propagandistische Straftat

Proteste und Blockaden gegen Nazi-aufmärsche!

Die – überhaupt viel weniger aggressiven – Rechtsextremisten hätten im vergangenen Jahr auch weniger schwere Gewalttaten verübt. Lediglich die Zahl ihrer propagandistischen Delikte sei gestiegen. Das allerdings kann ich voll bestätigen. In der mit voller Absicht ausgerechnet am 9. Mai – dem Tag des Sieges der Sowjetarmee über den Hitlerfaschismus – in Torgau eröffneten peinlichen Ausstellung „Spuren des Unrechts“ (LN 10'4) sind genau solche propagandistischen Delikte nachzulesen. Nur, die lässt Schily nicht mitzählen. Ein hartgesottener Neonazi hätte sie dennoch nicht besser formulieren können. Eine ganz besonders schamlose Bagatellisierung der Naziverbrechen zieht sich durch bis in das Faltblatt zur Ausstellung. Sie bezieht sich auf die auch in Torgau laut Alliiertenbeschluss nach 1945 zu inhaftierenden Kriegsverbrecher und Nazi-schergen: „In der Mehrheit hatten sie das

NS-Regime sicherlich eher gestützt als bekämpft, doch wer von ihnen individuelle, strafrechtlich relevante Schuld auf sich geladen hatte, wurde von der sowjetischen Geheimpolizei nie untersucht.“ Das tat sie, als die Zeit dazu reif war – obwohl der Alliiertenbeschluss die Inhaftierung und Bestrafung der Naziverbrecher allgemein gefordert hatte. Peinlichst verschweigt die Schau die Tatsache, dass im sowjetischen Speziallager 8 zum Beispiel im Januar 1946 allein 498 Kriegsrichter und Gestaposchergen einsaßen, die deutsche Soldaten, weil sie Hitlers Krieg nicht mehr mitmachen wollten, zum Tode verurteilten, peinigten, folterten und ermordeten. Und dies vor allem in Torgau, dem zentralen Ort der Vernichtung der Wehrmachtsdeserteure. Denn wie hieß es damals: Ein deutscher Soldat kann sterben. Ein deutscher Deserteur muss sterben. Die aber, die diesen Befehl, egal ob eilfertig oder stumpfsinnig, ausführten, sind nach Sicht der von der Stiftung Sächsische Gedenk-

stätten bezahlten „Wissenschaftler“ lediglich Männer, die das System eher stützten als bekämpften.

Keiner dieser Mörder und Folterschergen steht in den „Spuren des Unrechts“ am Pranger. Der ist für die Sowjetarmee vorbehalten, die lauter unschuldige Deutsche einsperrte.

Gab es denn überhaupt Schuldige an den Naziverbrechen? Die Ausstellung, die von Sachsens Regierenden auch wegen ihres Bildungsauftrags gelobt wird, stellt diese Frage gar nicht erst. Dafür fanden sich selbstredend ein paar Zeugen, dass die grausam überfallenen Sowjetbürger und ihre Armee in Wirklichkeit Täter waren. Der Teil fürs Ganze: Einmal in den unmittelbaren Nachkriegswirren einen Unschuldigen hinter Schloss und Riegel gebracht, immer Unrecht getan! Das ist eine der Kernaussagen des sächsischen, des CDU-instrumentalisierten Herangehens an die Geschichte der „beiden deutschen Diktaturen“.

Diese Geschichtslüge auch noch als Bildungsauftrag zu verkaufen, nenne ich eine verfassungsfeindliche, neonazistische Propaganda-Straftat.

• MAXI WARTELSTEINER

● **LN:** *Tschechiens Ministerpräsident Vladimir Spidla hat unlängst dafür plädiert, in den EU-Staaten langfristig einheitliche Steuersätze einzuführen und die Sozialsysteme zu harmonisieren. Offenbar hat er andere Sorgen, als über Stimmengewicht der Staaten oder Religionsbezug in der EU-Verfassung zu streiten.*

Keith Barlow: Dringlich erscheint mir besonders Spidlas zweiter Punkt. Mit der Politik des rigorosen Sozialabbaus, wie sie unter anderem Deutschland betreibt, drohen soziale Standards europaweit unter Druck zu geraten. Zugleich werden positive Veränderungen in den neuen östlichen Mitgliedsstaaten behindert. Ich kenne Spidlas Vorstellungen nicht im Detail, auf jeden Fall hat er aber eine der bewusst herbeigeführten Schwachstellen der herrschenden Europapolitik ins Blickfeld gerückt.

Um vom eigenen Land zu sprechen: Gerade hören wir, dass Mitarbeiter der Bundesbahn für das gleiche Geld länger arbeiten sollen. Oder: Arbeitslosengeld II steht vor der Tür. Es wird sich auf der Höhe der bisherigen Sozialhilfe bewegen; das heißt, das Lohnprinzip bei der Bemessung wird abgeschafft, die Höhe richtet sich nach „Bedürftigkeit“. Langzeitarbeitslose müssen gegebenenfalls ihre Lebensversicherung auflösen, bevor sie Ar-

„Niedriglohn-Politik löst kein Problem – in der EU wie in jedem einzelnen Mitgliedstaat. Sie senkt die Kaufkraft und hilft keiner Region.“

beitslosengeld bekommen! Eine Verurteilung zu lebenslanger Armut. Und ein schlimmes Signal für Europa.

● *Der Vorsitzende der PDS-Landtagsfraktion, Peter Porsch, hat Ministerpräsident Milbradt aufgefordert, sich für einen sächsisch-tschechischen Sozialpakt einzusetzen. Kernpunkt: In den grenzübergreifenden Euroregionen sollen Betriebe nur dann maximale Fördermittel erhalten, wenn sie einen bestimmten Mindestlohn zahlen. Im Gegenzug soll Sachsen für Freizügigkeit tschechischer Arbeitnehmer innerhalb der Euroregionen auf sächsischem Gebiet eintreten. Trifft diese Initiative ins Schwarze?*

Der Vorschlag weist auf einem Teilgebiet der Europapolitik genau in die richtige Richtung. Er wendet sich gegen Billiglohn-Zonen in den gerade beigetretenen Ländern, die ja faktisch durch Beschrän-

Europawahl-Kandidat Keith Barlow im Gespräch mit LN

Die Doppelchance vom 13. Juni

Nur noch reichlich zwei Wochen sind es bis zur Wahl des Europäischen Parlaments, die in Sachsen mit der Kommunalwahl zusammenfällt. Die zweifache Wählerentscheidung verlangt Nachdenken in unterschiedlichen Dimensionen – und doch geht es bei beiden Wahlen um ganz ähnliche Grundprobleme und Interessenlagen.

kung der Freizügigkeit entstehen. Niedriglohn-Politik löst kein Problem – in der EU wie in jedem einzelnen Mitgliedstaat. Sie senkt die Kaufkraft und hilft keiner Region. Die Erfahrung lehrt, dass die größere Investitionsmasse in gut entwickelte Gebiete geht, wo Lebensstandard und Einkommen relativ hoch sind.

Allerdings dürfen wir nicht allein auf staatliche Initiativen setzen. Damit sie Erfolg haben, muss Druck gemacht werden. Die europäischen Gewerkschaften sollten ihre Verbindungen ausbauen und selbstbewusst in eine Lohnoffensive gehen.

● *Ginge es nach dem sächsischen CDU-Politiker Volker Schimpff, dann hat die EU vor allem eine stärkere Rolle bei der „inneren Sicherheit“ zu spielen ... Sicherheit lässt sich unter vielen Aspekten betrachten. Entscheidend aber ist für mich die soziale Sicherheit – weltweit wie vor Ort. Wenn bei uns Steuern für die Reichen und gleichzeitig Sozialleistun-*

Ein anderes Europa ist möglich, wenn die Arbeitnehmer, die Völker, die sozialen und Bürgerbewegungen ihre Kämpfe verbreitern und vertiefen, wenn sich überall jene zusammenschließen, die die neoliberale Politik ablehnen, die gemeinsam für die demokratische Veränderung der Gesellschaft in Europa, für eine Alternative zum Kapitalismus handeln wollen.

DR. KEITH BARLOW ist in diesen Tagen nach der Arbeit und an den Wochenenden landauf, landab unterwegs – von Aschersleben bis Görlitz, von Delitzsch bis Annaberg-Buchholz –, um mit Wählern zu diskutieren. Mit dem PDS-Kandidaten für Strasbourg sprach Gottfried Braun über jüngste Wortmeldungen im Wahlkampf.

gen gesenkt werden, bedeutet das Gefahr für den inneren Frieden. Wer so tut, als sei Sicherheit nur eine Polizeiangelegenheit, verkennt die Lage. Ich komme noch einmal auf das von Rot-Grün initiierte und von Schwarz-Gelb unterstützte Ar-

„Die Erhaltung der Arbeitslosenhilfe ist Punkt 1 der inneren Sicherheit!“

beitslosengeld II zurück: Wie soll ein Langzeitarbeitloser – ohne Miete und Heizkosten gerechnet – monatlich mit 331 Euro im Osten (im Westen mit 345) zu-rechtkommen? Ich arbeite zur Zeit im Leipziger Erwerbslosenzentrum, wo ich Englisch unterrichte, und lerne viele Schicksale kennen, da kann ich mir ein Bild davon machen, was die Menschen erwartet ... Und was kommt infolge sin-

Als linke Parteien sind wir Teil dieser Bewegung. Wir wollen innerhalb und außerhalb des Europäischen Parlaments um eine neue Perspektive in Europa und für Europa ringen. Wir wollen ein soziales, ökologisches, demokratisches, einträchtiges und friedliches Europa.

Aus dem auch von der PDS unterzeichneten Gemeinsamen Aufruf von 14 sozialistischen, kommunistischen und rot-grünen Parteien für die Wahlen zum Europäischen Parlament

kender Steuereinnahmen und zusätzlicher Sozialausgaben auf die Kommunen zu?! Leipzig rechnete schon im Jahr 2000 – nach einer PDS-Anfrage – mit Mehrausgaben in Höhe von 5 Millionen DM, also 2,5 Mill. Euro, Sachsen insgesamt mit 30 Mill. DM. Da kann ich nur sagen: Die Erhaltung der Arbeitslosenhilfe ist Punkt 1 der inneren Sicherheit!

● *Joschka Fischers Partei wirbt auf Plakaten für den als streitbar bekannten Daniel Cohn-Bendit mit der Zeile: „Der grüne Eurofighter“. Witzig?*

Geschmackssache. Mich erinnert der Slogan an die Tatsache, dass Cohn-Bendit ebenso wie Fischer 1999 für die Aggression gegen Jugoslawien war, als die NATO für UCK-Terroristen Partei ergriff. Und abgesehen von den Milliarden Euro für jene Kampfflugzeuge, auf die die Wahlwerbung anspielt, denke ich an die Haltung der deutschen Grünen-Partei zum Entwurf der „Verfassung für Europa“. Sie befürwortet ihn – samt der im Artikel 40 vorgesehenen militärischen „Missionen außerhalb der Union“ und des geplanten Europäischen Amtes für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten, das diese Fähigkeiten „schrittweise verbessern“ soll. Ich halte es mit Hans Modrow, der am 17. Oktober in Leipzig-Grünau feststellte: „Wer will, dass Frieden ist und Aufrüstung unterbleibt, kann dieser Verfassung nicht zustimmen.“

Die PDS befürwortet die nichtmilitärische europäische Integration und will zusammen mit der linken Fraktion im Strasbourger Parlament und der gerade gegründeten Europäischen Linkspartei den Einfluss der NATO auf unserem Kontinent zurückdrängen.

● *Mit wirklicher Aussicht auf Erfolg?* Das hängt unter anderem von der Stärke unserer Fraktionen ab – überall vor Ort wie in Strasbourg. Wir kennen natürlich das Kräfteverhältnis, hoffen aber auf eine Verstärkung der linken Opposition. Die bevorstehende Wahl wird vermutlich die KP Böhmens und Mährens, die AKEL Zyperns und vielleicht auch die Ungarische Arbeiterpartei neu ins Europäische Parlament bringen. Die PDS schaffte 1999 insgesamt 5,8 Prozent und gewann damit sechs Sitze; das siebente Mandat wurde knapp verfehlt. Wenn es uns in der letzten Phase des Wahlkampfes gelingt, die große Unzufriedenheit mit der Politik und die verbreitete Resignation zu durchbrechen, können wir dieses Ergebnis verbessern. Wer die Kraft stärken will, die entschieden gegen den neoliberalen Kurs in Europa und für mehr Selbständigkeit der Kommunen steht, sollte die Doppelchance am 13. Juni nicht verpassen.

Vom 22. bis 25. April 2004 fand in Köln das 3. Europäische Treffen betrieblicher und gewerkschaftlicher Aktivisten der Chemie- und Pharmaindustrie statt. An dem Treffen nahmen ca. 25 Kolleginnen und Kollegen aus folgenden Ländern teil: Schweiz, Frankreich, Belgien, Türkei und Deutschland. Ein geladener war auch ein Vertreter aus den USA.

Schwerpunkt des diesjährigen Treffens war: Reorganisation in der Chemie- und Pharmaindustrie – Herausforderung zur Entwicklung einer neuen betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis.

Die Neustrukturierung und der Konzentrationsprozess der Unternehmen unter dem Diktat des so genannten Shareholder Value und gefördert durch neue Technologien trifft die Chemie- und Phar-

Gewerkschafter zur Reorganisation in der Chemie- und Pharmaindustrie

Waffen neu schärfen

maindustrie im besonderen Ausmaß. Weltweit gibt es riesige Umstrukturierungsprozesse in der Produktion. Zentralisierung der Produktionsketten, „Konzentration auf das Kerngeschäft“, „Outsourcing“, „Fremdvergabe“, „Cost-center“ sind für die Betroffenen bekannte Stichworte. Die Aufsplitterung der Firmen hat die Spaltung der Belegschaften vertieft. Ein immer mehr internationalisierter Arbeitsmarkt und die damit verbundene Drohung mit der „Standortfrage“ sind zwei wichtige Aspekte, die das Machtpotential des Kapitals verdeutlichen. Arbeitsplatzvernichtung, Verlän-

gerung der Arbeitszeit und intensive Vernetzung der Arbeitskraft u. a. durch flexible Arbeitszeitsysteme sind ein Teil der massiven Angriffe auf die Beschäftigten. Die Senkung der Entlohnung durch verschiedenste Maßnahmen ist ein anderer wesentlicher Teil. So werden z. B. tariflich abgesicherte Arbeitsplätze ausgegliedert. Die dadurch „neu“ entstandenen Arbeitsplätze zeichnen sich durch schlechtere Entlohnung, schlechtere Arbeitszeiten und fehlende Schutzbestimmungen aus. Prekäre ungesicherte Arbeitsverhältnisse machen vor der Chemie- und Pharmaindustrie nicht halt.

Gegen diese Tendenz sind die herkömmlichen Waffen der Gewerkschaften stumpf geworden. Ihre im abgelaufenen Zeitalter der sozialen Kompromisse und Beschwichtigungspolitik ausgebildeten Organisationen und Strategien vermögen heute den sozialen und politischen Rückschritt kaum mehr aufzuhalten. Die Frage ist: Welche gewerkschaftlichen Gegenstrategien könnten zu einer erfolgreichen betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung für die lohnabhängig Beschäftigten führen?

Beim letzten europäischen Treffen haben wir uns intensiv mit der Rolle der Pharmaindustrie im Gesundheitsbereich auseinandergesetzt. Stichwort dabei war „Medikamente sind keine Ware“.

● **RENATE SCHNEIDER**
PDS-Landes-AG betrieb&gewerkschaft



Die Missionierung geht weiter

Bedenkt man, dass die 1. Sächsische Landesausstellung in einem Zisterzienserinnenkloster stattfand und die soeben in Torgau eröffnete 2. Landesausstellung offenbar sehr einseitig „Sachsen im Zeitalter der Reformation“ beleuchtet, dann gehört das Ereignis in die Reihe der Missionierungsversuche, die Bildung und geistiges Leben in Sachsens heute immer stärker prägen. *Erinnert sei nur an derartige Vorgaben im neuen Schulgesetz. Dazu passt auch das Projekt „1000 Schulklassen – 500 Busse“, das Schüler zur Ausstellung bringen soll.*

Folgt man dem, was Ministerpräsident Milbradt bei der Eröffnung sagte und was wohl den Tenor der Ausstellung ausmacht, ist die Reformation nicht ein Teil der frühbürgerlichen Revolution, sondern ihre Krönung („Zeitalter der Reformation“). Und Sachsen, namentlich Torgau, sei ihr Zentrum gewesen. Vor allem aber bleibt Wesentliches unerwähnt, zumindest unterbelichtet: dass jene Zeit nicht nur von geistigen Umwälzungen, sondern wesentlich auch von sozialen Kämpfen geprägt war und dass Luther und die Lutheraner darin vielfach eine kaum weniger unrühmliche Rolle gespielt haben als die Papisten – wie im späteren Verlauf der Geschichte auch. Wir werden sicher Gelegenheit haben, näher auf die Ausstellung einzugehen. • G. L.

Absage an konzeptionslose Privatisierungen

Sächsische PDS-Bürgermeister erklären vor der Kommunalwahl, was sie wollen

LN. Die zwei sächsischen Oberbürgermeister, 16 Bürgermeister und fünf Ortsvorsteher mit PDS-Mandat trafen sich am 17. Mai mit der Landtagsfraktion der Partei in Hoyerswerda zur Beratung aktueller Fragen der Kommunalpolitik. Neben dem Erfahrungsaustausch stand ein Referat der Berliner Sozialsenatorin Dr. Heidi Knacke-Werner (PDS) über die verheerenden Folgen der Zusammenlegung von Ar-

beitslosenhilfe und Sozialhilfe für die Menschen und die Kommunen im Mittelpunkt.

Die PDS-Bürgermeister-Runde unterstützt die Sömmerdaer Erklärung der Bundeskommunal-Konferenz der PDS, die wenige Tage zuvor stattgefunden hatte. Darin wird eine Stärkung der Bürgermitsprache bei der Aufstellung der kommunalen Haushalte und ein Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung gefordert. Zugleich setzen sich die

PDS-Kommunalpolitiker für eine Verbesserung der Kommunalfinanzen und mehr Kooperation statt Konkurrenz zwischen den Städten und Gemeinden in Europa ein. Der landläufig zu beobachtenden konzeptionslosen Privatisierung öffentlicher Aufgaben erteilen sie eine klare Absage.

PDS-Fraktionschef Prof. Dr. Peter Porsch sagte zum Abschluss des Treffens am 17. Mai:

„Die sächsischen Bürgermeister und Ortsvorsteher mit PDS-Mandat zeigen seit Jahren erfolgreich, wie trotz der kommunalfreundlichen Landes- und Bundespolitik von unten wichtige Impulse für eine bürgernahe Verwaltung mit sozialer Verantwortung gegeben werden können. Sie haben damit auch den Beweis erbracht, dass sich mit PDS-Politik ebenso gut Opposition machen wie regieren lässt. Die bevorstehenden Kommunalwahlen geben den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit, für eine Zusammensetzung der Stadt- und Gemeinderäte zu sorgen, die ein Mehr an Bürgermitsprache und sozialer Gestaltung möglich macht.“

Die „Rollende Landstraße“ zwischen Dresden und dem tschechischen Lovosice wird in Kürze eingestellt. Das vereinbarten Vertreter beider Länder. Das sei, wie aus dem sächsischen Wirtschaftsministerium verlautete, eine Reaktion auf die gesunkene Nachfrage. Nach dem Beitritt Tschechiens zur EU Anfang Mai war die Auslastung des Verkehrsmittels wegen des Wegfalls von Zollkontrollen auf unter zehn Prozent gesunken.

Noch vor einem Jahr hatte Umweltminister Flath für die Ausweitung des Projekts nach Ber-

Kein Bedarf mehr für „Rollende Landstraße“?

lin und Budapest plädiert. Die EU-Osterweiterung werde einen großen Zuwachs des Lkw-Verkehrs bringen, so dass die umweltfreundliche Lösung weiter gebraucht werde. Nach dem letzten Stand sollte das Projekt wenigstens bis zur Fertigstellung der Autobahn A 17 zwischen Dresden und Prag 2006 weitergeführt werden.

Die Idee, Lastkraftwagen mit

der Bahn zu befördern, um die Straßen, vor allem die B 170 durch das Osterzgebirge, zu entlasten, hatte Sachsen 1994 umgesetzt. Täglich verkehrten bis zu zehn Züge in beide Richtungen, wobei ein Zug 23 Lkw aufnehmen konnte.

Sowohl PDS als auch SPD sprachen sich für die Erhaltung des Transportmittels aus. (LN)

Für Nachtfahrverbot

LN. Im Zusammenhang mit der verlangten Beibehaltung der „Rollenden Landstraße“ hat die PDS-Landtagsfraktion beantragt, ein Nachtfahrverbot für schwere Lkw auf der B 170 im Weißeritzkreis zu erlassen. Die seit Anfang Mai herrschende extreme Situation, auf die die Bevölkerung mit Protesten reagiert hat, bedürfe energischer Maßnahmen, erklärte die Abgeordnete Katja Kipping. Die Fehlentscheidung zur Einstellung der RoLa sei zu korrigieren.

Förderskandal zieht Kreise

LN. In den Verträgen zwischen dem Freistaat Sachsen und der Sachsenring AG zum Verkauf des Chipherstellers ZMD finden sich mehrfach Verweise auf die Qualifizierungsgesellschaft für Mikroelektronik und Fahrzeugbau (QMF), die zu Unrecht mit 21 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt gefördert wurde. Darauf verwies der Obmann der PDS-Fraktion im Sachsenring-Untersuchungsausschuss, Klaus Tischendorf, im Zusammenhang mit einem Beweisantrag,

den die Fraktion einbrachte. Der Untersuchungsausschuss befasst sich seit längerem mit der rechts- und zweckwidrigen Vergabe und Verwendung von Beihilfen des Freistaates an die Sachsenring Automobiltechnik AG, insbesondere für eine PR-Kampagne zugunsten der CDU-geführten Staatsregierung im Landtagswahljahr 1999. Nun sei klar: Die Veruntreuung der Fördergelder für QMF ist Teil des Vertragspakets zur Finanzierung der drei Millionen Mark

teuren verkappten Wahlkampagne „Sachsen für Sachsen“ durch Sachsenring. Dazu, gab sich Tischendorf überzeugt, wurde u. a. die Beihilfe für den Verkauf von ZMD an Sachsenring von 25 auf 29 Millionen Mark erhöht.

Wirtschaftsstaatssekretärin Andrea Fischer, die alle paar Tage neue und widersprüchliche Erklärungen zur QMF-Förderung abgibt, sei schon Ende 2002 mit eigenwilligen Rechtfertigungsmanövern zur ZMD-Privatisie-

rung aufgetreten. Sie behauptete, die plötzliche Erhöhung der Beihilfe um vier Millionen Mark hinge mit der Finanzierung eines Sozialplans zusammen. Später war von Kreditablösung die Rede, dann, die Brüder Rittinghaus hätten mehr Geld verlangt. Die PDS beantragte deshalb, dass der Untersuchungsausschuss von der Regierung und der Staatsanwaltschaft sämtliche Akten zu Gründung und Förderung der QMF und den Bericht der unabhängigen EU-Prüfer zu QMF sowie weitere Unterlagen von Ministerien und der Staatskanzlei erhält.

11. Mai

Dresden. Nach Mitteilung der Sächsischen Landesstelle gegen Suchtgefahren hat eine halbe Million Sachsen Alkoholprobleme. 80 000 Personen sind alkoholabhängig und 140 000 betreiben Alkoholmissbrauch.

12. Mai

Dresden. Die AOK Sachsen beabsichtigt, den Beitragssatz von 12,9 Prozent in diesem Jahr konstant zu halten. Ein Ausgabenüberschuss 2003 wurde mit Rücklagen ausgeglichen. Die Mitgliederzahl stieg von 1,50 auf 1,56 Millionen.

13. Mai

Dresden. Ein Beleg aus dem Wirtschaftsministerium weist aus, dass die Zweckentfremdung von EU-Mitteln für die Weiterbildungsgesellschaft QMW spätestens im Juni 2001 im Wirtschaftsministerium bekannt war. Der zuständige Referatsleiter verweigerte seinerzeit die Unterschrift und informierte seinen Vorgesetzten.

14. Mai

Dresden. Der Landesrechnungshof rügt den Missbrauch von Flutgeldern in säch-

sischen Kommunen und Landkreisen. In 32 Fällen aus 12 Städten und Kreisen wurden überhöhte Schadenssummen gemeldet oder widerrechtlich Straßen mit diesen Mitteln saniert. Betroffen sind besonders Hartmannsdorf und Dresden.

Chemnitz. Zwei maskierte und bewaffnete Männer überfallen eine Sparkassenfiliale und erbeuten mehrere Tausend Euro.

15. Mai

Dresden / Leipzig. Die Ankündigung des Bundeswirtschaftsministeriums zur Kürzung der Fördergelder für Investitionen in Ostdeutschland bis 2007, die auch eine Reihe Unternehmen im Raum Leipzig betrifft, stößt auf heftigen Protest von Ministerpräsident Milbradt und Wirtschaftsminister Gillo.

Dresden / Saarbrücken. Vier zweite

Plätze und weitere Anerkennungen erreichen sächsische Schüler im Bundeswettbewerb „Jugend forscht“. Die Preisträger werden in der saarländischen Landeshauptstadt geehrt.

17. Mai

Dresden. Der amerikanische Chiphersteller AMD feiert Richtfest bei der Errichtung seiner zweiten Dresdner Fabrik zur Herstellung von integrierten Schaltkreisen für Mikroprozessoren.

Dresden. Ein neues Hochwasserzentrum wird eingeweiht. Es soll künftig schnellere und präzisere Vorhersagen treffen. Warnungen sollen künftig direkt an gefährdete Gemeinden und Objekte gehen.

18. Mai

Dresden. Zu den Auswirkungen der bundesweiten Steuerschätzung für Sachsen

äußert Finanzminister Metz, das Land verzeichne 2004 voraussichtlich einen Ausfall von 639 Millionen Euro, aber neue Sparmaßnahmen seien nicht erforderlich, weil das Land schon geringeres Wachstums prognostiziert habe.

19. Mai

Leipzig. Bei der Sparkassenfusion im Raum Leipzig geht die Gewerkschaft Verdi den Rechtsweg, um den Bezirkstarifvertrag für die Sparkasse Torgau/Eilenburg zu erhalten, den der Sparkassenvorstand gekündigt hat, um einen Personalabbau zu ermöglichen.

21. Mai

Torgau. Auf einem Festakt eröffnet Ministerpräsident Milbradt im Schloss Hartenfels die 2. Sächsische Landesausstellung zum Thema „Glaube und Macht. Sachsen im Zeitalter der Reformation“.

23. Mai

Berlin. Ein Treffen von Umweltminister Flath mit Nordrhein-Westfalens Innenminister Behrens bringt keine Lösung im Streit um den Atommülltransport von Rossendorf nach Ahaus.

SACHSEN-CHRONIK

11. bis 24. Mai

Der Staatsdienst muss zum Nutzen derer geführt werden, die ihm anvertraut sind, nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist“, wusste schon Cicero im römischen Senat festzustellen. Ein simpler ethischer Anspruch, der in Sachsen verloren ging.

Die letzten Tage und Wochen haben gezeigt, dass sich diese vollziehende Gewalt in geradezu monströser Art und Weise verselbstständigt hat, unfähig und unwillig zu eigener Kontrolle und Selbstbeschränkung, versunken in politischer Lähmung und Agonie. Was aber geschieht, damit später einmal in den sächsischen Geschichtsbüchern unter dem Jahr 2004 nicht nur die Begriffe Amtsmissbrauch, Korruption und Filz zu fin-

Von

STEFFEN TIPPACH

den sind? Was tun, wenn Politik in Sachsen derzeit vorrangig in der Garage des Polizeipräsidenten oder den Unterhosen von Beamten stattfindet?

Wenn inzwischen das Innenressort besonders im Mittelpunkt des Interesses steht, dann ist das kein Zufall. Zwar ist das Chaos im Beritt von Minister Rasch nicht das einzige Problem in der sächsischen Politik, aber es ist typisch für den Zustand einer CDU-Regierungspolitik, die nach vierzehn Jahren Staatspartei zunehmend im eigenen Sumpf versinkt. Meine Vorstellung, die eines demokratischen Sozialisten, von Innenpolitik ist es, darum zu ringen, wie man am besten Kriminalität und Terrorismus bekämpfen und dabei die Grund- und Bürgerrechte schützen und ausbauen kann. Wir sollten darüber diskutieren, was der Geheimdienst darf und was nicht. Stattdessen zeichnet das Parlament immer weiter ausufernde Organigramme darüber, wer wann mit wem warum Händchen gehalten hat, es führt Strichlisten, um der schieren Menge an hin- und herfliegenden Strafanzeigen, Gegenanzeigen und Disziplinarverfahren noch Herr zu werden.

Das alles ist nicht allein die Schuld des Innenministers, aber die politische Verantwortung dafür trägt er allemal. Etwas glücklos hat er von seinem Vorgänger eine verfehlt Innenpolitik geerbt und dazu das komplexeste Ministerium. Während aber Klaus Hardraht eloquent die Fehler und Konflikte noch halbwegs zudecken konnte, war Innenminister Rasch von Anfang an überfordert. War man noch bereit, ihm beim offenkundigen Versagen im Lauf der Flutkatastrophe mildernd anzurechnen, dass er erst kurz zuvor Minister wurde, wäre mit der massiven Kritik des Kirchbach-Berichts und dessen halbherziger Auswertung und Umsetzung der richtige Zeitpunkt gewesen, Horst Rasch aus dem Amt zu nehmen und damit weiteren Schaden vom Land abzuwenden. Spätestens hier setzt die Mitverantwortung von Ministerpräsident Milbradt ein. Sehenden Auges hat er dem Verhängnis seinen Lauf gelassen. Damit hat er Machtkalkül vor das Wohl des Landes gestellt, die Innenpolitik verlotterte und die Sitten gleich mit.

- Das Gesetz zur Neuregelung von Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz ist bis heute nicht umgesetzt.
- Eine mittel- und langfristige Personalplanung für die sächsische Polizei existiert nicht.
- Die integrierte Vorgangsverarbeitung der Polizei, auch IVO, genannt, ging vier Jahre später als geplant in Betrieb, kostet jährlich 25,8 Millionen Euro. Der sächsi-

sche Rechnungshof urteilte: „Der Nutzen des Verfahrens ist bisher nicht belegt.“

- Der Digitalfunk für Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz existiert nicht einmal in Ansätzen und er wird es auch in diesem Jahr nicht, weil die Staatsregierung 90 Prozent der vorgesehenen Haushaltsmittel gestrichen hat und damit signalisiert, dass sie kein dringendes Interesse an der schnellen Änderung dieses skandalösen Zustandes hat. Albanien und Deutschland sind übrigens die einzigen Staaten Europas, die nicht über diese für den Bevölkerungsschutz wichtige technische Verbesserung verfügen.

- Der Entwurf eines Landesentwicklungsplans wurde binnen vierzehn Tagen einschließlich des Zentrale-Orte-Konzeptes von der eigenen Fraktion ob seiner Untauglichkeit komplett versenkt.

- Prima dagegen funktioniert die geheimdienstliche Überwachung von Oppositionsabgeordneten in Sachsen ebenso wie der globalisierungskritischen Organisation *Attac* durch den Staatsschutz.
- Die Finanznot der Kommunen in Sach-

sen nimmt immer dramatischere Züge an, aber Kommunalminister Rasch wollte lieber eine Gala-Uniform bei der Polizei einführen, die 93 Prozent der gesamten für die Bekleidung der Polizei 2004 vorgesehenen Haushaltsmittel gekostet hätte.

- Während sich der Minister gemeinsam mit CDU-Innenpolitikern im südosteuropäischen Ausland tummelte, wurden

Wenn vor einem Jahr jemand behauptet hätte, in Sachsen würden die Telefone von Polizeiführern, Anwälten und Journalisten illegal abgehört, hätte das niemand ernst genommen.

den Beamten von Polizei und Feuerwehr in Sachsen mal eben die Bezüge gekürzt, gleichzeitig aber hat Minister Rasch, entgegen allen Absprachen und Gerechtigkeitsverwägungen, Flutprämien zwischen 600 und 800 Euro an 148 Beamte gezahlt, von denen 147 dem Innenministerium angehörten. Aus heutiger Sicht kann man das wohl schlecht angelegtes Schweigegeld nennen.

- Zudem frönte Horst Rasch skurrilen bundespolitischen Hobbys:

- der genetischen DNA-Erfassung als Standardmaßnahme

- oder dem Bundeswehreinsetz im Inneren, wozu er anlässlich einer Katastrophenschutzübung in Grimma sogar Panzer auffahren lassen wollte, anstatt die drängenden innenpolitischen Probleme in Sachsen zu regeln.

Am 19. Januar dieses Jahres forderte Minister Rasch eine bundesweite allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen. Einen Tag später allerdings erklärte der Ministerpräsident das Gegenteil, wohl nach dem von Margaret Thatcher überlieferten Motto: „Es stört mich nicht, was meine Minister sagen – solange sie tun, was ich ihnen sage.“

Am 15. September des letzten Jahres forderten in einem bisher bundesweit einmaligen Vorgang alle drei sächsischen Polizeigewerkschaften den Rücktritt des Innenministers. Selbst dieses einzigartige Misstrauensvotum der dem Innenminister Anvertrauten ignorierte Milbradt. Auch dafür ist er jetzt mit in Haftung.

Nun zu den jüngsten Vorgängen.

Wenn vor einem Jahr jemand behauptet hätte, in Sachsen würden die Telefone von Polizeiführern, Anwälten und Journalisten illegal abgehört, hätte das niemand ernst genommen.

Heute jedoch halten das nicht nur große Teile der Medien für möglich, sondern es prüft auch der sächsische Datenschutzbeauftragte und Minister Rasch sieht sich genötigt, in ebenso wortreichen wie fragwürdigen Erklärungen darzulegen, warum dem nicht so sei.

Was hat sich geändert im Freistaat? Jemand hat den Teppich angehoben und nun kommt der ganze darunter gekehrte überblühende Unrat Stück für Stück ans Licht der Öffentlichkeit.

Wie dramatisch die Situation ist, zeigt die Erwiderung der Staatsregierung auf den Dringlichen Antrag der PDS zur Abberufung des Innenministers. In der letzten Verteidigungslinie hockend, erklärt sie, der Antrag sei auch bei Beschluss nicht rechtlich bindend und im Übrigen stütze sich die Forderung der PDS auf völlig unbewiese-

nisterium.

2. Es gibt keine Unruhe in der sächsischen Polizei.

3. Die Arbeit geht bei hoher Qualität ihren normalen Gang und im Übrigen kenne der Minister

4. keinerlei öffentliche Vorwürfe der Korruption gegen das Innenministerium. Welche Drogen muss man eigentlich nehmen, um derartige Wahrnehmungsstörungen zu bekommen?

Rasch selbst hat den auch für die Korruptionsbekämpfung zuständigen Referatsleiter Bernie H. versetzt, als ihm aufgrund der disziplinarrechtlichen Ermittlungen klar wurde, was da auf ihn zukommt. Rasch selbst hat doch die 60 000 Euro für Frau von Derschau zugesagt, um eine Fernsehserie zu konzipieren, wenn auch, wie jetzt bekannt, auf Anweisung des Ministerpräsidenten.

Wo kommen wir hin, wenn die CDU-Exekutive mit Steuergeldern finanzierte, eigene Fernsehprogramme in Auftrag geben darf? Und selbst wenn man das für zulässig hält, dann stinkt es doch gewal-

Sachsens Innenminister ist ein Sicherheitsrisiko

Katastrophale Zustände im gesamten Ministeriumsbereich von Horst Rasch

ne, teilweise sogar anonym in Umlauf gebrachte Anschuldigungen und Gerüchte. Mag die Forderung juristisch nicht bindend sein. Politisch zwingend ist sie gleichwohl. Sie zu ignorieren, hieße den Willen des Parlaments zu missachten, mit allen Konsequenzen! Weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart stützte oder stützt sich die PDS auf Vermutungen

tig nach Filz, wenn der Auftrag ohne Ausschreibung ausgerechnet an ein CDU-Mitglied geht, das darüber hinaus noch Beraterin des Innenministeriums ist und zudem im CDU-Fachausschuss Innere Sicherheit mitmacht.

Im angeblich so ruhigen Rasch-Ministerium spricht der Personalrat von Drohungen und Einschüchterungsversuchen und fordert einen praktisch wirksamen Zeugenschutz. Zustände, wie man sie sonst nur vom organisierten Verbrechen kennt. Die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers werde verletzt und der Personalrat instrumentalisiert. Bereits im Januar forderte der Personalrat einen „Steuermann“ und keine „Gallionsfigur“.

Glückliche Mitarbeiter schreiben keine solchen Briefe.

Oder: Die Sache Polizeireisepäsident Pilz. Minister Rasch, Staatssekretär Antoni und auch der Ministerpräsident waren im vorab über die Versicherungstätigkeit von Herrn Pilz informiert und hatten keinerlei Einwände. Dass erst ein dreiviertel Jahr später auffällt, dass diese Tätigkeit gar nicht genehmigungsfähig ist, spricht erstens für sich und zweitens ganz gewiss nicht für das politische Spitzenpersonal dieses Landes.

In der letzten Landtagssitzung hat es der Innenminister bei der Beratung zur *Änderung des Verfassungsschutzgesetzes* fertig gebracht, komplett zu schweigen und das bei diesem fundamentalen innenpolitischen und grundrechtsrelevanten Thema.

Zur Sondersitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission zum Thema *Überwachung von Abgeordneten* durch den Verfassungsschutz ist Minister Rasch trotz Aufforderung gleich gar nicht erschienen. Da entsteht schon der Eindruck, dass angesichts des Chaos der Schwerpunkt des Ministers bei dem Motto „ora et labora“, bete und arbeite, eher auf ersterem liegt.

Minister Rasch selbst ist zu einem Sicherheitsrisiko für Sachsen geworden.

Unser Autor ist Mitglied der PDS-Landtagsfraktion und deren innenpolitischer Sprecher

oder Gerüchte. Was aber definitiv feststeht, ist, dass der Innenminister unfähig und nicht in der Lage ist, seine Amtsgeschäfte so wahrzunehmen, wie es Amtseid und Verfassung von ihm verlangen. Er hat politisch versagt, und er versagt täglich an der Aufgabe, das Innenministerium und die sächsische Polizei zu führen.

Was sich allerdings gegenwärtig in höchsten Polizeikreisen tut, ist keine Affäre Pilz oder Ley oder Antoni oder Rasch, wir reden hier vom kompletten Versagen der CDU-Staatsregierung bei der Ausübung der ihr anvertrauten Verantwortung für dieses Land.

Die PDS-Landtagsfraktion beantragte deshalb kürzlich eine Sondersitzung des Innenausschusses. Bei Anwesenheit aller Hauptakteure und Hauptbetroffenen sollten die Dinge auf den Tisch kommen, damit sie bereinigt werden und sich das Parlament weg von Schlammschlachten und Skandalen wieder der politischen Gestaltung zuwenden kann. Weder der Innenminister noch die Mehrheitsfraktion folgten diesem Vorschlag. Und so fand sich der Innenausschuss nicht in einem reinigenden Gewitter wieder, sondern in der trostlosen und trotzigsten Rechtfertigungsorgie eines demontierten Ministers. Eines Ministers, der erst nach dreimaliger Aufforderung überhaupt bereit war, seine Gesamtsicht der Vorgänge im eigenen Ressort vorzutragen.

Diese – seine – Gesamtsicht besteht aus vier Punkten:

1. Es gibt keine Unruhe im Innenmi-

Bushs nicht neue, aber unheilvolle Idee,

Für George Dablu Bush ist Kuba ein Reich des Bösen. Weshalb Mr. President im Oktober 2003 vom Weißen Haus aus nicht nur konkrete Aggressionsabsichten gegenüber dem sozialistischen Karibikstaat verkündete, sondern auch gleich eine Kommission ins Leben rief, die „Szenarien für ein Kuba nach dem Fall des stalinistischen Regimes“ ausarbeiten sollte. Auf dass Castro gehe und Johnny Walker (und mit ihm die Nacht der langen US-Messer) komme. In Wahlzeiten macht sich so etwas in den hochzivilisierten USA immer gut. Vor allem, wenn man so wie Bush auf den Florida-Clan angewiesen ist. Nun liegt der Konterrevolutionärentwurf für ein „freies Kuba“ vor. 500 Seiten für die Fortsetzung der Blockadepolitik mit verschärften Mitteln. Kuba soll von innen heraus so weit destabilisiert werden, bis die Bevölkerung auf die Straße geht – und damit den USA einen Vorwand zur militärischen „Unterstützung“ liefert. Alte CIA-Idee.

Auf dass Fidel Castro gehe und Johnny Walker komme?

Das neue Europa, jedenfalls die meisten Staaten, die sich jetzt allein für Europa halten, boykottieren schon tüchtig mit. Schließlich, wie kann es dieses Kuba wagen, drei Todesurteile zu vollstrecken? Um damit vielleicht Hunderten, ja Tausenden das Leben zu retten? Das zählt nicht. Es zählt so wenig wie US-amerikanische Gaskammern, elektrische Stühle und Giftspritzen. Das freie Europa vereint sich auch nicht in einem Aufschrei gegen die Inhaftierung der sogenannten Miami-Five, jenen heldenmütigen Kubanern, die ein (weiteres) Terrorkomplott gegen ihr Land aufdeckten und so verhinderten – auf dass auch der 601. Mordanschlag auf Fidel Castro fehlschlägt. Das muss sich der Rechtsstaat USA nicht bieten lassen.

Immerhin: Millionen Kubaner waren jüngst auf der Straße. Wenn auch gewiss nicht im Sinne von Mr. Bush. Sie demonstrierten ihre enge Verbundenheit zu ihrem Land. Gerade mit zwei äußerst verheerenden Hurricans fertig geworden, wird es ihnen auch gelingen, die kubanische Antwort auf den neuen USA-Angriff, ein 15-Punkte zur Stabilisierung der Volkswirtschaft, zu verwirklichen. Es besagt: Volksbildung, Gesundheitswesen und Kultur bleiben unbeeinträchtigt. Der seit Jahren stabile Wechselkurs von 1:26 von Dollar zu Peso bleibt erhalten. An den freien Bauernmärkten wird nicht gerüttelt und die Preise für rationierte Waren bleiben unangetastet. Die Arbeitslosigkeit, ohnehin nur bei 2,5 Prozent, wird nicht zunehmen. Steigen wird die Förderung von Nickel, Kobalt und Erdöl. Das Einkaufen in Devisenläden wird dank der US-Devisensperre teurer. Kuba, das Vorbild für ganz Lateinamerika, lebt und kämpft für seine Freiheit. • WART

Das erste, das Eberhard Panitz bei seiner Ankunft am 24. Juli 1961 auf dem Flughafen von Havanna sah, war ein verblichenes PAN-AM-Reklameschild „50 Minuten bis Miami (USA)“. Drei Monate war es damals her, dass mit kubanischen Kennzeichen getarnte US-Flugzeuge vom Typ B26 Havanna und andere kubanische Städte mit Bomben und Raketen angegriffen hatten, um die ohnehin geringen Luftstreitkräfte auszuschalten – als Auftakt für die schmählich endende Invasion in der Schweinebucht.

Um diesen konterrevolutionären Angriff drehen sich dann auch fast alle Erlebnisse und Gespräche des achtwöchigen Schriftsteller-Aufenthaltes auf der „letzten Insel der Revolution“. Fast täglich schreibt er in sein Tagebuch. Wie aufregend und wie schmerzlich aktuell so ein Zeitdokument sein kann, belegt das gerade erschienene Buch „Cuba mi amor“ (edition ost, Berlin 2004, 159 Seiten, 12,90 Euro). Panitz hat seine Erlebnisse mit mehreren Dokumenten angereichert, die ihm seine Dolmetscherin Tamara Bunke organisiert hatte. So das

Weder Paradies noch Hölle

Protokoll von Gesprächen, die Fidel Castro mit den überlebenden Invasoren von Playa Girón, der Schweinebucht, führte. Ein Auszug daraus und ein im Anhang des Panitz-Tagebuches ebenfalls dokumentiertes Interview Castros vom Mai 2003 (beides nachfolgend als Leseprobe) bedürfen keines weiteren Kommentars.

Cuba mi amor. Kuba, meine Liebe – einen besseren Titel für die eindrucksvollen Schilderungen über das seit mehr als 40 Jahren bedrohte Kuba gibt es kaum. Das Zitat auf der Buchrückseite von Eduardo Galeano, den Uruguayer, den man auch „Stimme des sozialen Gewissens“ Lateinamerikas nennt, wird durch Panitz' Aufzeichnungen konkret: „Ich liebe und bewundere Kuba seit der Revolution. Es ist ein Symbol der Würde in einer Welt, die unwürdig ist. Kuba ist das solidarischste Land, und gerade jetzt ist es wichtig, mit Kuba solidarisch zu sein. ... Kuba ist weder das Paradies noch die Hölle. Es ist ein wunderbar irdisches Abenteuer, und alles Irdische ist nicht rein, sondern beschmutzt mit menschlichem Leben.“ • MX

Aus dem Protokoll des über alle Rundfunkstationen Kubas original übertragenen Gesprächs Fidel Castros (24. April 1961) mit den Schweinebucht-Invasoren:

... Die wahren Grundsätze der Revolution zu verteidigen, das ist wahrer Ruhm. Aber ruhmreich, meine Herren, wird es niemals sein, wenn man ein kleines Land überfällt, und das unter dem Schutz der größten Kriegsflotte der Welt, mit Hilfe der größten Arsenale der imperialistischen Mächte, mit Hilfe von Millionensummen aus dem Schatzamt der USA!

Heldenmut ist das, was unser Volk zeigt, wenn es Widerstand leistet, wenn es den Kampf aufnimmt, ohne daß jemandem die Hand zittert, sobald er den ersten USA-Fallschirmjäger abspringen sieht. ... Und dann wird die Welt sehen, was Heldentum ist, was es heißt, das Vaterland und eine gerechte Sache zu verteidigen. ...

Wir wissen, daß die Zeitungen und Nachrichtenagenturen der USA nur die schändlichsten Verleumdungen gegen uns verbreiten. Daher ist es uns einerlei, was sie reden: Was wir auch tun mögen, sie werden stets im Dienste der Lüge stehen, sie werden auch fortan in gemeiner Weise Lügen über uns schreiben und verbreiten. Was wir tun, ist eine Frage unseres Bewußtseins, ist eine Frage unserer Moral, ist eine Frage unserer Prinzipien. Und hier – obwohl Sie nun wissen, daß es der Wille des Volkes ist, alle Invasoren standrechtlich zu erschießen, und obwohl ich weiß, daß dieses Gefühl im Volke tief verwurzelt ist –, eben hier mache ich selbst den Anfang, unsere Ansicht darzulegen und dem Volk zu erläutern, daß dies eine Schmälerung unseres Sieges wäre, nachdem wir die Luftwaffe der Invasoren, nachdem wir die Panzer der In-

vasoren vernichtet haben, nachdem wir sie durch unseren Heldenmut und Patriotismus geschlagen haben, durch die Tapferkeit und Würde unserer Truppen, die dem Tod standhaft ins Auge blickten und zahlreiche tote Kameraden zurücklassen mußten. Nun, Sie alle zu erschießen wäre leicht; das ganze Volk wäre einverstanden, doch es würde nur bedeuten, alle über einen Kamm zu scheren. Die weniger Schuldigen müßten für die zahlen, die größere Schuld auf sich geladen haben. Wir wenden hier unsere Zeit und Kraft auf, um mit Ihnen zu diskutieren, ohne uns einzubilden, Sie an diesem Abend überzeugen zu können, ganz und gar nicht, wichtig war aber, daß das Volk zuschaut und sich sein Urteil bildet. ...

Wir haben unsere Zeit und Kraft aufgewandt, um das alles zu erläutern und damit zu beginnen, dem Volk zu erklären, wie wir dieses Problem sehen, warum wir meinen, daß die Strafe nicht die sein darf, die die überwiegende Mehrheit des Volkes gegenwärtig wünscht, warum wir der Meinung sind, daß der großartige Sieg des Volkes nicht durch Exzesse oder durch die Anwendung übermäßig harter Maßnahmen gegen alle geschmälert werden darf. Natürlich muß sich die Revolution gegen Invasoren schützen. Natürlich geht es nicht an, daß unser Land aller halben Jahre einer Welle von Invasoren ausgesetzt ist, daß nach vielen Opfern und viel Schmerz alles in einer lebenswürdigen Diskussion zwischen Ihnen und uns endet. Möge das für die anderen eine Lehre sein; nicht weil wir die Invasionen fürchten. ...

Fidel Castro in einem mit Gespräch mit dem argentinischen Journalisten Miguel Bonasso, Mai 2003

... Es war und ist eine Frage von Leben oder Tod. Die terroristische Mafia in Miami hat sich zusammen mit der extremen Rechten in den Vereinigten Staaten zum Ziel gesetzt – und dieses Ziel besteht fort –, eine schwere Krise herbeizuführen, die zu einer bewaffneten Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba führen könnte. Wozu braucht man Rüstungsausgaben von 400 Milliarden Dollar im Jahr? Wir haben in diesen Tagen gelesen, daß Kevin Whitaker, Chef des Kubabüros des State Departments, Havanna gewarnt habe, daß die Entführung von kubanischen Flugzeugen und Schiffen eine „Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten“ darstellen würde. Der hinter der Hand entwickelte Plan sah vor, durch die Welle von Entführungen eine Flüchtlingskrise auszulösen, die dann als Vorwand

für eine Seeblockade hätte genutzt werden können, was unweigerlich zum Krieg geführt hätte.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und als man glaubte, daß alle Welt nun ein bißchen weniger Geld für Waffen ausgeben würde, hat diese Supermacht innerhalb von zwei Jahren einen Rüstungswettlauf ohne Beispiel entfacht, während die gegnerische Supermacht aufhörte, eine solche zu sein. Wozu braucht man Rüstungsausgaben von 400 Milliarden Dollar im Jahr? Welches Ziel können diese gigantischen Ausgaben für Waffen haben? Es gibt nur eine Antwort: die klare Absicht, die Welt mit Gewalt zu beherrschen.

Es gibt deutliche Unterschiede zu den Tagen der Schweinebucht. Heute hat die Regierung dieser Supermacht, die Kuba

Fortsetzung auf Seite 9



Kuba und Castro in die Knie zu zwingen

Fortsetzung von Seite 8

zynischerweise zu den Staaten zählt, die den Terrorismus fördern, die Hitlersche Doktrin der überraschenden Präventivangriffe gegen sechzig oder mehr Länder übernommen, und niemand weiß, was die Formulierung „oder mehr“ bedeutet, eine Unbekannte, die sogar Staaten Europas einschließen könnte. Man muß sich daran erinnern, daß sie kürzlich Holland mit einer Invasion drohten, falls dort irgendein Nordamerikaner vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen verurteilt werden sollte. Dem kann man hinzufügen, daß der Präsident Bush in seiner Rede aus Anlaß des 200. Jahrestages der Schaffung der Militärakademie West Point vor mehr als 850 Offizieren, die gerade ihren Abschluß gemacht hatten, erklärte, sie sollten bereit sein, in jedem dunklen Winkel des Planeten anzugreifen. Es ist zu hoffen, daß niemand die Gefahr auf die leichte Schulter nimmt, der sich ein Land wie Kuba gegenüber sieht, das während 44 Jahren gekämpft hat, ohne einen Millimeter nachzugeben, ohne dem Imperium ein einziges Zugeständnis zu machen und absolut entschlossen ist, auch keines zu machen.

Was kommt nach Afghanistan und Irak? Diese Worte des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten wurden bereits von der Tatsache zweier Kriege gegen diese Völker begleitet. Der letzte gegen Irak war ein Eroberungskrieg gegen die drittgrößte Erdölreserve der Welt und konnte von der ganzen Welt auf Fernsehbildschirmen verfolgt werden, die gnadenlose Bombardierung der Millionen von Kindern, Jugendlichen, Alten, erwachsenen Männer und Frauen, bei denen es ein lebenslanges Trauma verursacht hat. Man konnte auch die verstümmelten Leichen und Wunden von ich weiß nicht wie vielen Kindern sehen. Dieses Imperium sucht ständig nach Vorwänden, um mit dieser Aggressions- und Kriegspolitik an Schlüsselpunkten dieser Erde fortzufahren.

Wir wissen sehr gut, daß sie nach Vorwänden suchen, damit unser Land einer Aggression wie der gegen den Irak unterworfen werden kann. Eine ihrer Hoffnungen ist es, eine Serie von Provokationen durchzuführen, ähnlich den bereits laufenden. So zum Beispiel durch den Versuch, unter Ausnutzung gewöhnlicher Krimineller eine Welle von Entführungen von Schiffen und Verkehrsflugzeugen in Kuba zu entfesseln.

Dieser Plan begann am gleichen Tag, an dem sie den Irak-Krieg begannen, ungefähr zwei Stunden vor dem Beginn der Militärangriff gegen dieses Land. Er begann mit der Entführung eines Verkehrsflugzeuges, das auf der Strecke zwischen Nueva Gerona, Insel der Jugend, und Havanna flog. Es wurde von sechs Verbrechern gekapert, die mit ähnlichen Messern ausgerüstet waren wie die Entführer der nordamerikanischen Verkehrsflugzeuge, die gegen die Zwillingstürme rasten. Das kubanische Flugzeug wich mit 36 Personen an Bord von seiner Route ab und wurde gezwungen, in Cayo Hueso (Florida) zu landen. Dort wurden die Passagiere und Besatzungsmitglieder erschreckend schlecht behandelt, man gab mehreren Komplizen der Entführer Aufenthaltsrecht und sie unterwarfen die Entführer einem

„Wir wissen sehr gut, daß sie nach Vorwänden suchen, damit unser Land einer Aggression wie der gegen den Irak unterworfen werden kann. ...“

Dieser Plan begann am gleichen Tag, an dem sie den Irak-Krieg begannen, ungefähr zwei Stunden vor dem Beginn der Militärangriff gegen dieses Land. Er begann mit der Entführung eines Verkehrsflugzeuges ...“

bloß formalen Verfahren, und wenige Tage später setzte ein eng mit der terroristischen Mafia verbundener Staatsanwalt die Entführer vorläufig auf freien Fuß. So etwas ist seit neun Jahren nicht vorgekommen, als das Migrationsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba unterzeichnet wurde.

Die spätere Straflosigkeit sorgte dafür, daß gewöhnliche Kriminelle die Botschaft sofort verstanden und so am 30. März, also elf Tage später, ein zweites Flugzeug entführten, diesmal mit 46 Passagieren an Bord. 24 Stunden später überfiel eine Gruppe von Verbrechern mit Vorstrafen ohne jeden politischen Charakter, wie die Entführer selbst aussagten, eine Fähre, die in der Bucht von Havanna mit fünfzig Personen an Bord verkehrte. Unter den Geiseln befanden sich Kinder und Ausländer, die Kuba besuchten. Sie drohten, Passagiere über Bord zu werfen, wenn ihnen kein Treibstoff oder ein anderes Schiff zur Verfügung gestellt werde. Da es die Norm verlangt, entführte Schiffe nicht aufzuhalten, um Unfälle zu vermeiden, konnten sie entkommen. Die Passagierfähre fuhr auf das offe-

ne Meer hinaus, in Wellen der Stärke drei oder vier, sie hätte jeden Moment kentern können. Wie durch ein Wunder sank das Boot nicht.

Aus dieser Tatsache und aus den gesammelten Informationen konnten wir schließen, daß die Welle von Entführungen von Schiffen und Flugzeugen bereits begonnen hatte. Ich kann hinzufügen, daß es nur 24 Stunden danach einen weiteren Versuch gab, ein Verkehrsflugzeug mit Feuerwaffen und Messern zu entführen. Das konnte verhindert werden. Es war notwendig, diese geplante und bereits begonnene Welle radikal zu unterbinden, um keinen Vorwand für einen Konflikt zu liefern.

Deshalb wurden drei der acht Verantwortlichen in einem Sammelverfahren auf der Grundlage der bestehenden Gesetze verurteilt und von den Gerichten mit der Höchststrafe belegt, ohne daß der Staatsrat von seinem Gnadenrecht Gebrauch machte, wie es ihm die Verfassung zusteht. Es stellte sich die Frage zwischen der Tolerierung solcher Taten durch die Anwendung von einfachen Haftstrafen, die jeder Effizienz bei Personen dieses Schlages entbehren, die sich ja auch von ihren Vorstrafen nicht hatten einschüchtern lassen, und dem Schutz des Lebens von Millionen kubanischer Bürger. Denn niemand darf sich täuschen, in diesem Land mit seinem hohen patriotischen und revolutionären Bewußtsein würde eine nordamerikanische Aggression den Verlust von Millionen von Menschenleben bedeuten, denn hier handelt es sich um ein Volk, das entschlossen ist, bis zu den letzten Konsequenzen zu kämpfen. Die Revolution hat während der letzten Jahre darauf verzichtet, Strafen dieser Art anzuwenden, und das, obwohl Personen von den Gerichten aufgrund verabscheuungswürdiger Verbrechen zu solchen Strafen verurteilt wurden. Damit nicht genug haben wir nun erklärt, daß im Falle weiterer Entführungen von Schiffen und Flugzeugen sie niemals Treibstoff zur Fortsetzung der Reise bekommen werden und daß die Urheber Sammelverfahren vor Gericht unterworfen werden und der Staatsrat von seinem Gnadenrecht keinen Gebrauch machen wird.

Wir kannten den Preis für diese Maßnahme. Wir wissen sehr gut, daß dies seinen Preis hat, denn eine große Zahl von Freunden, dar unter viele unserer besten Freunde, lehnen die Todesstrafe aus ganz verschiedenen Gründen ab, dazu können religiöse, humanistische oder

philosophische Gründe gehören. Deshalb schmerzte uns die Notwendigkeit so sehr, eine Maßnahme anzuwenden, von der wir wußten, daß sie keine Zustimmung finden würde. Aber wir hatten nicht das Recht zu zögern, und wir werden im Rahmen der Gesetze nicht zögern, die Maßnahmen anzuwenden, die das Leben unserer Landsleute sichern, die über Jahrzehnte die Heldentat vollbracht haben, den kriminellen Blockaden und Aggressionen der mächtigsten Macht der Weltgeschichte, die nur neunzig Meilen von uns entfernt ist, Widerstand zu leisten. Unser Land ist nie eine idyllische

Oase des Friedens gewesen, es hat vier Jahrzehnte rigoroser Blockade, einen dauernden Wirtschaftskrieg, Aggressionen aller Art, massenhafte Sabotage, Terrorakte, Mordpläne und eine unendliche Liste von feindlichen Handlungen gegen unser Vaterland gegeben. So erforderten allein die Verteidigungsaufgaben die ständige Bereitschaft Hunderttausender von Männern und von zahlreichen materiellen Mitteln. Die harte Schlacht härtete unser Volk ab, lehrte es gleichzeitig, an vielen schwierigen Fronten zu kämpfen, viel aus sehr wenig zu machen und sich niemals von den Schwierigkeiten unterkriegen zu lassen.

Venezuela: „Chilenische Lösung“ vorerst gescheitert



Zwischen 1963 und 1996 exportierte Venezuela Erdöl im Wert von 329 Milliarden US-Dollar. Ein für das Volk verlorenes Reichtum. Bis Ende der 90er Jahre lebte es zu 80 Prozent in Armut. Hinzu kamen unter der Militärdiktatur: schrumpfende Wirtschaft, weitgehend zerstörte Landwirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit, Korruption und eine beängstigende Kriminalität. In kaum einem weiteren Land auf der Erde lag, wie in Venezuela, das Pro-Kopf-Einkommens das Jahres 1990 unter dem von 1960.

1998 brachte eine soziale Bewegung, die bis in die achtziger Jahre zurückreicht und die nicht nur von der armen Bevölkerung, sondern auch von Teilen der Mittelklasse getragen wird, Hugo Chavez ins Präsidentenamt. Mit einer per Volksabstimmung angenommenen Verfassung und mit einem starken Gesetzespaket leitete er die *Boliviarische Revolution* in Venezuela ein. Nicht ungestraft dank einer Opposition, die eng mit der Bush-Administration zusammenarbeitet. Ein von

Managern und korruptierten Gewerkschaftsbossen ausgelöster Erdölstreik erschütterte die Wirtschaft 2002 bis ins Mark. Doch das Ziel, die Regierung zu stürzen, gelang nicht. Aber man muss kein Prophet sein, schreibt Sahra Wagenknecht in ihrem Buch über Venezuelas Zukunft, um sich auszumalen, wie die USA weiter vorgehen. Denn siehe oben: Venezuela verfügt über reiche Erdölvorkommen – und eine „chilenische Lösung“ ist immer noch möglich.

Wagenknecht war in Venezuela, führte zahlreiche Interviews und Gespräche und spürte den Alternativen zur Politik der Weltherrschaft der USA nach.

• WART

Sahra Wagenknecht: *Aló Presidente – Hugo Chavez und Venezuelas Zukunft*. edition ost, Berlin 2004. 223 S. 12,90 Euro



Hugo Chávez und Fidel Castro

Viel Anerkennung für das Bachfest Leipzig 2004

Das nun schon zum sechsten Male in jährlicher Abfolge veranstaltete „Bachfest Leipzig“ hat inzwischen seinen festen Platz auch im internationalen Veranstaltungskalender gewonnen. Auswärtige Spezialensembles üben dabei besondere besondere Anziehungskraft aus. Für diese sei hier stellvertretend der dieses Jahr mit der Bach-Medaille ausgezeichnete Helmuth Rilling mit seiner Gächinger Kantorei und seinem Bach-Collegium Stuttgart genannt. Im Glanz der berühmten Gäste wird aber fast vergessen, dass von den über 70 Veranstaltungen fast die Hälfte von Leipziger Ensembles und Künstlern gestaltet wird.

Der starke Besuch der Aufführungen von Felix Mendelssohn Bartholdys Sinfonie-Kantate „Lobgesang“ (Thomaner, Schola Cantorum, Deutsche Kammerphilharmonie Bremen unter Leitung Georg Christoph Biller), der Bachschen Matthäus-Passion in der Einrichtung Mendelssohns (Rundfunk-Klangkörper unter Howard Arman) und Joseph Haydns „Schöpfung“ (Kammerchor der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater, Leipziger Barockorchester unter Roland Börger) spricht indes auch für sie.

Doch ohne die Veranstaltungen Leipziger Kantoreien, einzelner Leipziger Künstler und Musikstudenten im Sinne des diesjährigen Mottos „Bach und die Romantik“ wäre das Bachfest um manche Farbe ärmer. Für alle, die mit großem Einsatz am Bachfest beteiligt waren, stehen die Nachfolgenden: die Kantoreien der Nikolai-, der Friedens- und der Probsteikirche, das Concerto Vocale, das Leipziger Vokalensemble, der Kammerchor „Josquin des Préz“, das Leipziger Saxtett, Studenten der Mendelssohn-Hochschule mit Siegfried Thieles klar konturierter und farbenreicher Einrichtung „Die Kunst der Fuge“, der Gewandhausorganist Michael Schönheit, Thomasorganist Ullrich Böhme und Martina Böhme, Jürgen Wolf am Cembalo und an der Nikolaiorgel, Christoph Krummacher an der großen Hochschulorgel.

• W. WOLF



Des Bürgers Anklage

Ibsens „Der Volksfeind“ hatte im Leipziger Schauspielhaus Premiere

Ein Bürger erfährt von MACHENSCHAFTEN, von VETTERNWIRTSCHAFT, vom Konflikt zwischen Gemeinwohl und Profit, und er klagt an und er wird mundtot gemacht. Von der Obrigkeit, vom örtlichen Presseplatzhirsch. Er wird zum Volksfeind abgestempelt. Wie, das kommt Ihnen bekannt vor? Ein Stück aus dem Tollhaus kommunaler Politik? Nein, ein Theaterstück von Henrik Ibsen. Und über 120 Jahre alt. Zum Glück sind unsere heutigen und hiesigen Mandatsträger nicht so. Oder?

Matthias Hummitzsch als Bürgermeister Peter Stockmann, Michael Schütz als Badearzt Dr. Tomas Stockmann

Foto: Rolf Arnold / Schauspiel Leipzig

Nein, unsere Kommunalpolitiker seien doch zum Glück nicht so, meinte – augenzwinkernd – Intendant Wolfgang Engel zu Beginn der Premierenfeier. Gewiss, gewiss.

Der *Volksfeind* von Henrik Ibsen hat schon über 120 Jahre auf dem Buckel, aber nichts an Aktualität verloren. Die Geschichte um den Badeort, der von Abfällen verseucht wird, dient Henrik Ibsen als Gleichnis für die angefaulte bürgerlichen Gesellschaft: Der Badearzt Dr. Stockmann entdeckt, dass eine seinerzeit von ihm selbst empfohlene Quelle mit Bakterien verseucht ist. Doch die notwendigen Umbauten sind dem Bürgermeister und den Aktionären zu kostspielig. Also wird die Öffentlichkeit gegen den mutigen Badearzt aufgehetzt. Er wird zum *Volksfeind* stigmatisiert.

Regisseur Antoine Uitdehaag zeigt im

Schauspielhaus eine zeitlose (bürgerliche) Welt; er konzentriert sich auf die Ausformung der Charaktere, treibt den Konflikt zwischen Kommerz und Gemeinwohl auf die Spitze. Uitdehaag verteilt Hiebe gegen Filz und korrupte Machenschaften in der Kommunalpolitik, die in der Premiere begeistert aufgenommen wurden. Die Grenze der Freiheit wird sichtbar – sie endet am Portemonnaie. Sichtbar wird auch die Manipulierbarkeit der bürgerlichen Presse, ihre Abhängigkeit von kommerziellen Anzeigenkunden und Kreditgebern. So stehen die Redakteure des „Volksboten“ anfangs auf der Seite des Badearztes, doch gefangen in der genannten Abhängigkeit laufen sie später zum Gegner über.

Ein aufrüttelndes Lehrstück. Kein Wunder, dass bei so viel Dialektik so mancher Rezensent jetzt auf den Regisseur einhaut –

aber Ibsen meint.

Für Michael Schütz ist die erste große Rolle am Leipziger Schauspielhaus wie auf den Leib geschneidert. Er gibt seinen Badearzt Tomas Stockmann genügend idealistische Aufgedretheit, genießende Lebensbejahung – mit einem Schuss akademischer Zerstreutheit –, aber auch die notwendige Spur von sturer, zuweilen stoischer Unbeugsamkeit. Sein Gegenspieler, der Bruder, der zugleich der Bürgermeister ist, wird von Matthias Hummitzsch mit herrischer Strenge, fauligem Machtinstinkt und locker-leichter Skrupellosigkeit gespielt. Insgesamt überzeugt das gesamte Ensemble mit einem hohen Niveau, ohne Ausschläge nach unten. Achim Römers einfühlsames Bühnenbild soll nicht unerwähnt bleiben.

• D. M.

Wer schrille Typen mit schriller Musik liebt, kann sie jetzt auch in Leipzigs Musikalischer Komödie erleben. Da hat sich nämlich Richard O'Briens's „Rocky Horror Show“ unter großem Jubel vieler junger Theaterbesucher etabliert. Von der mit ihr verbundenen Geschichte muss nicht viel erzählt werden. Die hat sich der für Buch, Songtexte und Musik verantwortlich zeichnende Autor in ihrem Grundkonzept von der offensichtlich doch nicht so alten Operette ausgeborgt.

Zum jungen Paar Brad und Janet, das im Verlaufe des Abends gehörig auf die Probe gestellt wird, kommen nur ziemlich rasch wechselnde andere, homo-, bi-, heterosexuelle, transvestitische außerirdische Paarungen. Obertransvestit

Frank'N'Furter, Herr eines alten englischen Schlosses, führt zum Höhepunkt des ersten Teiles seinen zum Leben erwachenden Sex-Roboter Rocky vor und begibt sich mit ihm bei fallendem Vorhang in sein Gemach.

Zu Frank'N'Furters Überraschung macht sich Rocky im zweiten Teil selbständig und holt sich Männlein wie Weiblein, so auch Janet und Brad, wechselnd in sein Bett. Für drei stattliche Euro kann das Publikum eine sogenannte Mitmachtüte erwerben. Die enthält eine kleine Leucht-

röhre zum Kreisen und Schwenken, eine kleine Ratsche, eine kleine Wasserpistole, Reiskörner und eine Rolle Klopapier als Wurfgeschoss zur „Dekoration“ des Bühnenfußbodens.

Die Akteure geben in der Regie Ana Christine Haffters dem Affen kräftig Zucker, spielen und singen mit Vergnügen oder auch mit Selbstverachtung, Norman Stehr als weibisch überdrehter Frank'N'Furter, Michael Knese als muskelprotzender Rocky, Katja Kriesel als quirlige Janet, Uli Scherbel als eher bra-

ver Brad, Martin Reik als bulliger Butler Riff Raff, Folker Herterich als geheimnisvoller Dr. Scott sowie Sabine Töpfer, Anne-Katrin Fischer, Ulrich Graichen in weiteren Rollen und Karl Zugowski als launiger Erzähler. Über Verstärker dröhnen die Songs und die „Rocky“-Band unter Leitung Christian Hornefs mächtig gewaltig. Zwischendurch gibt es schon viel Beifall, am Schluss mit Zugaben 20 Minuten lang.

• WERNER WOLF

„Rockys Horror Show“ in Leipzigs Musikalischer Komödie

Quellen zu Gestapo und Widerstand



Gestapohauptquartier in der Prinz-Albrecht-Straße 8 in Berlin, 1934

Hermann-J. Rupieper/Alexander Sperk (Hrsg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933–1936. Bd. 2: Regierungsbezirk Merseburg. Mitteldeutscher Verlag, Halle/Saale 2004. 694 Seiten, 30 Euro

Eine der ersten Maßnahmen zum Ausbau und zur Stabilisierung der faschistischen Diktatur war die Schaffung der Geheimen Staatspolizei (Gestapo), deren Hauptaufgabe die gewaltsame Unterdrückung aller gegen die Naziherrschaft gerichteten Regungen war. Der Sitz der Gestapo-Zentrale war in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße 8. In den Ländern bestanden Gestapo-Leitstellen, in vielen Großstädten Gestapo-Stellen. Das Schema des

Berichtswesens – anfangs ständig neu geregelt – erfuhr durch einen Erlass vom 24. Mai 1934 eine zunächst endgültige Regelung: A: Allgemeines; B: Kommunistische Bewegung; C: Sonstige marxistische Bewegung; D: Katholische Bewegung; E: Evangelische Bewegung; F: Juden und Freimaurer; G: Sonstiges. 1946 wurde die Gestapo im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess zur verbrecherischen Organisation erklärt.

Die vorliegende Lagenedition der Lageberichte 1933–1936, die durch ein umfassendes Orts-, Personen- und Sachregister gut erschließbar sind, gibt einen vielfältigen Einblick in die Tätigkeit dieser faschistischen Terrororganisation und in die sich darin wider-

spiegelnde innere Lage im Regierungsbezirk Merseburg.

Dem besseren Verständnis für die offiziellen Intentionen der Hetzjagd der Gestapo auf den politischen und weltanschaulichen Gegner des Nationalsozialismus dienen präzise Informationen der Herausgeber zur damaligen wirtschaftlichen und politischen Lage im Regierungsbezirk Merseburg, der – wie betont wird – mit seinen Großbetrieben der Chemie- und Rüstungsindustrie sowie des Bergbaus seit den Märzkämpfen 1921 als das „rote Herz Mitteldeutschlands“ galt. „Die KPD-Bezirksorganisation Halle-Merseburg ... umfasste Ende 1932 über 13 000 Mitglieder, von denen etwa 85 Prozent arbeitslos waren. Hinzu kamen Mitglieder der KPD nahestehenden Organisationen Revolutionäre Gewerkschafts-

opposition (RGO, etwa 10 000), Kampf-gemeinschaft für rote Sporthilfe (KG, rund 14.000) und Rote Hilfe Deutschlands (RHD, ca. 8000).“ Zur Reichtagswahl am 31. Juli 1932 erhielt die KPD überdurchschnittlich 24,3 Prozent der Stimmen. Hochburg der KPD war der die Stadt Halle umgebende Saalkreis, wo die KPD mit 40 Prozent der Stimmen fast ebenso viele Stimmen wie die NSDAP (42,6) erreichte. Daraus erklärt sich auch, warum die KPD und der Hallenser Raum den Schwerpunkt der Gestapoberichte bilden.

Des Weiteren sind in den Berichten zahlreiche Angaben insbesondere zu Berlin, Bitterfeld und Magdeburg, aber auch nicht weniger aufschlussreiche Aussagen zu Zeitz, Eilenburg und Leipzig – um nur einige Orte zu nennen – enthalten. So vermerkt zum Beispiel der Lagebericht vom 8. Dezember 1933 zur Widerstandsarbeit in Leipzig, dass es am 17. November 1933 im Zuge der Festnahme des flüchtigen Buchdruckers Fritz Voigt – als verantwortlicher „Techniker“ für Sachsen illegal tätig – gelungen sei, „die Druckerei zu ermitteln und zu schließen, in der 96.000 Flugblätter ‚Die Wahrheit über den Reichstagsbrand‘, 18 000 Flugblätter ‚Die junge Garde, Nr. 21‘, 5.000 Stück ‚Der Klassenkampf, 5000 Stück ‚Der Kämpfer‘ und angeblich 40 000 Stück ‚Der Erwerbslose‘ gedruckt worden waren.“ Die Druckerei, in der ein Großteil der illegalen Schriften der KPD-Bezirksorganisation Halle-Merseburg hergestellt wurde, befand sich in der Dieskaustraße 93. Der Besitzer der Druckerei H. Plinski (parteilos) und dessen Setzer, „die um die Sachse gewusst haben“, heißt es, „befinden sich in Haft“.

Die Quellenedition wendet sich nicht nur an Fachleute, sondern zugleich an eine breite Öffentlichkeit, weshalb auch historische Sachverhalte durch ausführliche Fußnoten sachkundig erläutert werden. Trotz gründlicher Recherchen ist die Identifizierung der in den Gestapoberichten genannten Personen nicht in allen Fällen gelungen. So ist es durchaus möglich, dass Benutzer des Bandes dazu weiterführende Hinweise geben können.

• KURT SCHNEIDER

Felix Mühlberg: Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR. (Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 11). Dietz, Berlin 2004, 329 S. 14,90 Euro.

Eingaben in der DDR? Lächerlich! Da kam nichts raus. Das war bloß obrigkeitshöriges Verhalten! – Besserwisserische westdeutsche Sicht, die inzwischen nicht selten auch von angekommenen, einstigen DDR-Bürgern nachgeplappert wird. Tatsächlich waren Eingaben in der DDR ein per Gesetz gewolltes und zigtausendfach genutztes Mittel, die

Alltagsdemokratie:

Eingaben in der DDR

in Verfassung, Gesetzen und Verordnungen verbrieften Bürgerrechte von unten her mit durchzusetzen. Und das vor allem in Fällen, wo Bürokratie, Unfähigkeit oder auch territorialer politischer Unwille davor stand.

Insofern sind die Beschwerdebriefe, egal ob direkt an Erich Honecker oder an den Chef des örtlichen Konsums, eine interessante, aber bisher kaum beachtete Quelle zur Erforschung der DDR. Aus ihnen lassen sich Entwicklungsetappen der ersten deutschen sozialistischen Republik ebenso ablesen wie die Alltagsorgen der Bürger, ihr Sozialverhalten, ihre Konsumwünsche, ihre Wohnungsprobleme, ihre Konflikte mit Staat und Verwaltung und vieles mehr.

Dieser Aufgabe hat sich Felix Mühlberg akribisch gewidmet. Herausgekommen ist kein Thriller, sondern ein wissenschaftlich aufbereitetes Kompendium über die Geschichte der Eingabengesetzgebung und über die Eingabekultur, kurz über die DDR-Praxis individueller und friedlicher Konfliktregelung. Der Mangel an solchen – in beide Richtungen funktionierenden – demokratischen Kommunikationsstrukturen wird leider erst deutlich, wenn man sie nicht mehr hat. • M. W.

Wolfgang Weber: Johann Jakob Weber. Der Begründer der illustrierten Presse in Deutschland. Lehmann Verlag, Leipzig 2003. 126 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 14,90 Euro

Die Wiege der Bild-Zeitung stand in Leipzig – mit diesem Slogan, der aber durchaus nicht die BILD-Zeitung meint, wirbt der Verlag für die überarbeitete Ausgabe der Schrift, die der Enkel Johann Jakob Webers 1928 über seinen Großvater verfasste. Was damals als Familiengeschichte tituliert war, ist in der Tat vor allem ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Presse und zur Geschichte des Leipziger Verlagswesens im 19. Jahrhundert. Hervorzuheben ist die gediegene typografische Gestaltung. Der 1903 in Basel geborene und zeitlebens eng mit der Schweiz verbundene Johann Jakob Weber kam um 1830 nach Leipzig,

Ein Stück deutscher Presse- und Leipziger Verlagsgeschichte

gründete bald eine eigene Verlagsbuchhandlung und wirkte hier bis zu seinem Tode 1880 als Verleger. Neben belletristischen und wissenschaftlichen Büchern, Zeitschriften und jährlichen Periodika verschiedenster Art – von Otto Ludwigs dramatischen Werken, dem Universal-Lexikon der Kochkunst und dem Jahrbuch der gesamten Staatsarzneikunde –, gab er seit 1833 die Wochenzeitung Das Pfennig-Magazin heraus, Vorläufer seines späteren Hauptgeschäfts, der Illustrierten Zeitung, die ab Juli 1843 erschien und über 5000 Ausgaben erreichte. Einen Einblick in ihre redaktionelle, künstlerische und technische Herstellung gibt der im Buch enthaltene Festartikel, der 1862 anlässlich der



1000. Ausgabe der Wochenzeitung 1852 geschrieben wurde. Von besonderem kulturgeschichtlichen Interesse dürfte



die Beschreibung der widersprüchlichen Beziehungen Richard Wagners zu Weber und seinem Verlag sein. Immerhin

erschieden hier seit den fünfziger Jahren erstmalig Wagners politische Schriften, und 1862 gestand der Komponist dem Verleger das alleinige Recht zur Edition der Textausgabe des Rings der Nibelungen zu, wofür es aber ein gutes Jahrzehnt später zum Zerwürfnis kam, nach dem Weber „mit dem Menschen Wagner fertig“ war. Die Darstellung der weltanschaulichen und politischen Gesinnung Webers bleibt fragmentarisch und unscharf, so dass man sich in dieser Hinsicht nur schwer ein Bild von ihm machen kann. Nach dem, was über seine Rolle im gesellschaftlichen Leben und über den Inhalt der Wochenzeitung mitgeteilt wird, muss man annehmen, dass er über allgemeine humanistische und Fortschritts-Ideale hinaus eher obrigkeitshörig als demokratisch geprägt war. Insofern also doch ein bisschen Vorläufer von BILD...

• GÜNTER LIPPOLD

KALENDERBLATT

Vor 30 Jahren verstorben Klara Maria Faßbinder

Als K. M. Faßbinder am 3. Juni 1974 verstarb, trauerte die deutsche Frauen- und Friedensbewegung um eine ihrer herausragendsten Persönlichkeiten.

Am 15. Februar 1890 als Tochter eines Volksschullehrers geboren, war sie zunächst eine glühende Nationalistin, die das Frauenwahlrecht ablehnte und 1918 als Referentin im Offiziersrang an der Westfront „Vaterländischen Unterricht“ erteilte. Beeinflusst durch die von der Novemberrevolution 1918 ausgehenden gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse, begannen sich ihre politischen Auffassungen zu wandeln. Sie wurde vor allem zu einer Verfechterin der deutsch-französischen Verständigung, aber engagierte sich ebenso in der internationalen Frauen- und Friedensbewegung. Der „Friedensbund deutscher Katholiken“ wählte sie zur 2. Vorsitzenden (1932/33). Nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten ins Saarland – wo sie als Lehrerin tätig war – aus dem Schuldienst entlassen, erwarb sie sich als Übersetzerin bedeutenden Ruhm und Anerkennung. 1940–1944 war sie im Rheinland Leiterin einer privaten Mädchenschule.

Nach Beendigung der Nazidiktatur wurde sie als Professorin für Geschichtspädagogik an die Pädagogische Akademie Bonn berufen. Mit dem Beginn des Kalten Krieges trat sie für die Verständigung mit dem Osten ein, wovon auch ihre erste Reise in die Sowjetunion (1952) zeugte, über die sie begeistert sprach. Sie gehörte zu den Mitbegründerinnen der Westdeutschen Frauen-Friedensbewegung, die die Remilitarisierung der BRD ablehnte und in deren NATO-Mitgliedschaft einen Hemmschuh für die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten sah. Später gründete sie die *Deutsche Friedensunion* (DFU) mit, deren Präsidium sie bis zu ihrem Lebensende angehörte.

Das Engagement von K. M. Faßbinder in der Friedensbewegung führte 1953 zu ihrer Suspendierung von der PH Bonn. Ein gegen sie eingeleitetes Verfahren musste zwar unter dem Druck der Öffentlichkeit eingestellt werden, aber 1955 wurde sie in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. 1966 verweigerte ihr der Bundespräsident Heinrich Lübke – KZ-Baumeister der Nazidiktatur – die Annahme des französischen Ordens *Les palmes académiques*, den sie als Übersetzerin Paul Claudels erhalten sollte. Dieser politische Skandal erregte weltweites Aufsehen. Erst unter Bundespräsident Gustav Heinemann wurde 1969 K. M. Faßbinder diese Auszeichnung verliehen.

• KURT SCHNEIDER

Nicht Ministersessel sind unser Ziel ...“

Der Magdeburger Parteitag 1929 und die sozialdemokratische Linke

Am 26. Mai 1929 konstituierte sich in der Magdeburger Stadthalle der Parteitag der SPD, an dem 398 Delegierte teilnahmen und der bis zum 31. des Monats andauerte. Ursprünglich war hierfür der 10. Mai vorgesehen, der offiziell wegen des Elbehochwassers vertagt wurde. Aber es war wohl mehr das Steigen des Pegels des Unmuts in der Partei über die Politik der „Koalition der Köpfe“ unter Reichskanzler Hermann Müller, dessen Regierungsprogramm die Handschrift Gustav Stresemanns (DVP) trug. Die Praxis der Koalitionäre bestätigte der oppositionellen Sozialdemokraten, „dass in den meisten Fragen alles so bleibt wie unter der Bürgerblockregierung“.

Nach Paul Levi (1883–1930), einen ihrer Sprecher, hatte die „Regierung so versagt, so das Gegenteil von dem getan, was man erwarten musste. Es fing mit der Panzerkreuzergeschichte an“. Warnend fügte er hinzu, „der Parlamentarismus geht vor die Hunde, wenn eine Partei

nach der Wahl das Gegenteil von dem tun darf, was sie vor der Wahl versprach“. Er fürchtete Gefahren für die Demokratie, die mit dem Koalitionskabinet wachsen und forderte dessen Demission. Selbst der „Vorwärts“ musste nach Abstimmung und Panzerkeuzer A eine „Parteikrise“ einräumen.

Es waren vor allem zwei Grundfragen, die auf dem Prüfstand des Parteitages standen:

1. Sinn und Zweck der Koalitionspolitik. Die Devise der Linken lautete: „Nicht Ministersessel sind unser Ziel, sondern die Lösung der sozialen Frage.“

2. Das Wehrprogramm, das für die Parteiführung ein weiterer Schritt zur Integration war, zumal die Weimarer Republik bereits mit sozialistischen Elementen durchsetzt sei.

Dagegen hatte die Parteilinke ihren Standpunkt im Antrag „Levi – Rosenfeld – Seydewitz und Genossen“ fixiert. „Die SPD lehnt im kapitalistischen Staat ... die Mittel für die Wehrmacht ab und kämpft für ihre Beseitigung.“

Die Opposition folgte weitgehend den Intentionen Paul Levis, der den Antimilitarismus der Vorkriegszeit weiter verfocht. In seinem Kampf gegen den Nachkriegsmilitarismus war er stets mit Wehrfragen befasst und hatte dabei neue Trends im Blick. So definierte er 1924 die Begriffe Pazifismus, Abrüstung und Völkerbund. Im Herbst 1928 folgte seine Broschüre „Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie“, deren Kernaussage lautete, dass im kapitalistischen Staat jegliche Rüstungsbestrebungen zu verhindern seien.

Erneut verwehrt ihm der Parteitag ein Korreferat. Bei seinem letzten Auftritt wehrte sich Paul Levi gegen ein Wehrprogramm, das lediglich von innen- wie außenpolitischen Konstellationen abhängig gemacht werde. Er stellte die Frage in den Raum: „Was sind unsere Querelen in der Frage der Koalition? Wer ist Herr im Staate? Und wenn man auf die Säule stellt: ‚Wir haben die Macht‘ so irrt man. Es kann niemand an der Tatsache vorbeigehen, daß die Demokratie in Europa gewisse krisenhafte Erscheinungen zeigt, von denen wir nicht wissen, wie sie die deutsche Demokratie erfassen werden.“ Jedoch blieben diese Darlegungen bei Parteioberebenen unverständlich, eine „zu hohe theoretisch-philosophische Untersuchung, mit Politik habe das nichts zu tun“.

Insgesamt wurden die alternativen Vorstellungen der Linken zum sozialreformistischen Kurs der Parteiführung als Äußerung „der Affen des Sozialismus“, durch Wilhelm Dittmann abqualifiziert. Die parteioffiziellen „Richtlinien zur Wehrpolitik“ wurden mit 240 gegen 149 Stimmen sanktioniert. Dagegen wurde der Antrag der Linken zur Beendigung der Koalition abgelehnt, wie in der Wehrfrage mit 256 : 138 Stimmen. Ein Mandat für den Parteivorstand blieb ihnen erneut versagt.

Dennoch blieb, bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Strömungen in der Linken und des Drucks der Parteitagsregie, ihr Engagement auf dem Parteitag mehr als ein Achtungserfolg, denn 40,1 Prozent der gewählten Delegierten votierten für ihre Anträge. Es war die bisher stärkste linke Repräsentanz auf einem Parteitag seit 1922.

Allerdings konnte dem verhängnisvollen Kurs der Parteiführung nicht Einhalt geboten werden.

• HELMUT ARNDT

Landung in der Normandie

Vor 60 Jahren, kurz vor Ultimo, traten die USA in den Krieg gegen das faschistische Deutschland ein

macht von 300 000 Quadratkilometern sowjetischen Gebiets vertrieben und deren Kampfkraft entscheidend geschwächt. Der Eröffnung der zweiten Front waren jahrelange vergebliche Erwartungen der Völker Europas und diplomatische Aktivitäten vorausgegangen, bevor sich die westlichen Alliierten entschlossen, sich aktiv an der Niederringung des deutschen

Faschismus zu beteiligen. Obwohl sie bis zum Ende des Krieges noch heftige Gefechte zu bestreiten hatten und empfindliche Niederlagen hinnehmen mussten, blieben ihre Verluste in Grenzen. Während die UdSSR allein in Kampfhandlungen und durch den faschistischen Terror über 7 Millionen Menschen verlor, hatten die USA bei Kriegsende 314 000 Gefallene zu be-

klagen, die geringste Zahl aller beteiligten Großmächte.

Die Operation verfolgte vor allem seitens der USA das Ziel, den künftigen politischen Einfluss auf die Entwicklung in Deutschland und Europa zu sichern, was sich in der Nachkriegsgeschichte bis heute bestätigt. – Eine historische Reminiszenz: Auch im ersten Weltkrieg traten die USA erst in der Schlussphase in den Krieg ein, als sie im April 1917 Deutschland den Krieg erklärten, und erst Ende des Jahres amerikanische Soldaten in Frankreich an der Front standen. • G. L.

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (29)

Eine der ersten Straßen, die 1945 Leipziger Antifaschisten gewidmet wurden, war die Hermann-Liebmann-Straße, die diesen Namen bereits am 1. August 1945 erhielt. Mit ihr wurde ein linker Sozialdemokrat, Redakteur der LVZ und eines der frühen Opfer der NS-Willkür geehrt.

Hermann Liebmann wurde am 18. August 1882 in Paunsdorf geboren und erlernte nach dem Schulbesuch den Beruf eines Formers. Frühzeitig trat er dem Metallarbeiterverband und der SPD bei. Ab 1909 war er Berichterstatter und ab 1912 Lokalredakteur der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“.

Die Burgfriedenspolitik der

SPD im 1. Weltkrieg lehnte er ab und nahm darum auch am Gründungsparteitag der USPD teil. Während der Novemberrevolution wurde er Mitglied des engeren Ausschusses des Arbeiter-

Hermann-Liebmann-Straße

ter- und Soldatenrates Leipzigs, Abgeordneter der Sächsischen Volkskammer bzw. des sächsischen Landtages und Stadtverordneter in Leipzig (letzteres bis 1923). Als sich Teile der USPD der KPD anschlossen, lehnte er dies ab und trat mit weiteren USPD-Mitgliedern 1922 der SPD bei. Er blieb jedoch stets ein Verfechter linkssozialistischer Politik und des Zusam-

mengehens mit der KPD.

1923 wurde Hermann Liebmann Innenminister in der Regierung Zeigner, die anfangs von der KPD toleriert wurde und sich dann zu einer SPD-

KPD-Koalitionsregierung entwickelte. Nach deren gewaltsamen Auflösung und der Verhaftung Zeigners, fand er wieder in Leipzig sein politisches Betätigungsfeld. Er war weiterhin Redakteur der LVZ und zugleich 1923/24 Vorsitzender des Unterbezirks Groß-Leipzig der SPD. 1929 wurde Liebmann Mitglied des Landesarbeitsausschusses der sächsischen Sozialdemokra-

tie. Obwohl er nicht frei von antikommunistischen Anschauungen war, bemühte er sich im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus in Deutschland um eine Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien. Noch im Februar 1933 sprach sich Hermann Liebmann auf einer antifaschistischen Massenkundgebung in Leipzig für eine „Einheitsfront der Tat“ aus – und das trotz Morddrohungen! Am 21. April 1933 wurde er verhaftet und in eines der „Schutzhaftlager“ verschleppt. Bis Mitte 1935 wurde er in den KZ Hohnstein und Colditz gequält. Kurz nach seiner Entlassung starb er am 6. September 1935 an den Folgen der erlittenen Misshandlungen.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
KLAUS HUHN

Stapel von Kommentaren wurden gedruckt, in Mikrofone gepredigt, vor Fernsehkameras verkündet. Und alle hatten natürlich Recht, hatten es schon vorher gewusst, oder entdeckten gar eine Anti-Leipzig-Verschwörung. (Hauptverdächtiger war – hört, hört – Moskau.) Das *Handelsblatt* titelte „*Heilsames Erwachen*“ und artikulierte Staunen, wie es überhaupt zu dieser Bewerbung hatte kommen können. Die *LVZ* stellte konsterniert fest: „*Das Wunder blieb diesmal aus*“ (obwohl wir doch täglich von Wundern gesegnet werden) und appellierte: „*Jetzt die Enttäuschung in neuen Mut für einen ins Stocken geratenen Wieder-Aufbau zu verwandeln und die Region vor wirtschaftlicher Depression zu bewahren, darin besteht die politische Kunst nach dem Platzen der olympischen Träume Leipzigs.*“ Womit zunächst mal eingestanden wurde, dass es gar nicht so sehr um Olympia, als um den „Aufschwung Ost“ gegangen war. Der Klagen-Chor war vielstimmig. Natürlich wurde auch das IOC attackiert: „*Rogge hält Leipzig plötzlich als Austragungsort für zu klein. Wenn das stimmt, hätte man Leipzig erst gar nicht ins Messer laufen lassen dürfen.*“ Diese Anklage widerlegt das Blatt allerdings einige Seiten weiter mit dem Bericht über das Verhalten der von der Leipziger Obrigkeit – samt *LVZ* – zum „Jubelfest“ auf den Nikolaifriedhof gescheuchten Massen: „*Das Aus für Leipzig kommt gestern Mittag so schnell und banal, dass es viele der tausenden Menschen gar nicht richtig verstehen.*“ Noch einmal ist die Frage zu stellen: Wer hat diese Hoffnungen durch die Monate genährt und demzufolge auch die Enttäuschung zu verantworten? LN verzichtet darauf, an seine Warnungen zu erin-

nern, deutet nur an, dass wir die Kaltstellung des olympiaerfahrensten deutschen Funktionärs, IOC-Mitglied Walter Tröger, für einen ebenso fatalen Fehler hielten wie die Wahl des für das Blutbad von Fürstentfeldbruck 1972 verantwortlichen Genscher in den Aufsichtsrat.

Der sportpolitische Sprecher der PDS, Klaus Köste, hatte am Morgen der Entscheidung erklärt: „*Es gibt viele Gründe für die PDS, für Olympia zu sein. Wo immer es auch stattfindet. Aber ganz besonders natürlich in Leipzig und Rostock.*“ Zeitungen wie das *ND* ignorierten diesen ausgewogenen Standpunkt. Dafür fand das Blatt tags darauf eine „Erklärung“, die man zumindest in der Redaktion für originell gehalten haben soll: „*Bleibt als kleiner*

So ganz unreal ist der Standpunkt nicht.

Die *Berliner Zeitung* monierte an einer Stelle, dass man auch versäumt hatte, bei der Werbung an Leipziger DDR-Traditionen zu erinnern, und ließ ihre Leitartiklerin schreiben: „*Mein alter Turnlehrer an meiner südsächsischen Oberschule ... wollte ... nur, dass wir bei der Kreisspartakiade siegen. Damit unsere kleine Schule ein bisschen größer erscheinen konnte.*“ Kann schon sein. Allerdings drohte ihr nie die Schließung ...

In der Stellungnahme der PDS hatte man auch lesen können: „*Der Begründer der modernen Spiele Baron de Coubertin – man sollte ruhig erwähnen, dass Leipzig zu Zeiten, als er andernorts längst vergessen war, eine Büste von ihm aufstellte – hat in den letzten Jahren seines Lebens den Sportlern*

Sportkolumne

Wir bleiben dabei: Olympia - ja!

Trost: *Wie so viele Erich-Honecker-Ideen, stellt sich auch die, Leipzig zur Olympiastadt zu machen historisch letztlich als undurchführbar heraus.*“ Nicht mal Bild war darauf gekommen, die Schuld der DDR hinterherzuwerfen.

Noch einmal das *Handelsblatt*, das bekanntlich die Interessen derer vertritt, die beim Wort „Aufschwung“ vor allem die eigenen Aktienkurse im Sinn haben: „*So bitter dies klingt: Die Zeiten, in denen sich dieses Land solche und ähnliche Prestigeprojekte leisten konnte, sind vorbei ... verfallen unsere Innenstädte, in Schulen und Kindergärten bröckelt der Putz von Wänden und Decken, und auf den Straßen reiht sich Schlagloch an Schlagloch. Das sind die Realitäten in Deutschland. Wenn trotzdem jetzt viele Leipziger und Rostocker Bürger enttäuscht sind, haben sie einem NOK und Politikern geglaubt, die immer noch nicht der Versuchung widerstehen können, sich im Glanz milliardenschwerer Zukunftsvisionen zu sonnen.*“

die Frage gestellt: ‚Markt oder Tempel?‘ und bekannt: *Wir haben nicht gearbeitet, um Euch die Olympischen Spiele wiederzugeben, damit ihr daraus ein Museums- oder Kinostück macht, noch dafür, dass sich merkantile oder Wahlinteressen ihrer bemächtigen.* Das möchten wir nicht in Vergessenheit geraten lassen, auch wenn wir keine Illusionen haben und sehr gut wissen, dass die Spiele längst den Tempel verlassen haben und auf dem Markt gelandet sind. Aber die hemmungslose Kommerzialisierung brachte auch mit sich, dass der olympische Gedanke – an dem niemand verdienen kann – an Popularität gewann und damit denen half, die gegen Kriege auftreten. Hinzu kommt, dass jeder Teilnehmer an Olympischen Spielen dazu beiträgt, junge Menschen für Sport und damit ein gesundes Leben zu gewinnen.“ Leipzig hat die Spiele nicht bekommen, aber Olympia bleibt. Mit Schönheitsfehlern, aber vielen Aspekten, die wir nach wie vor unterstützen!

ksherum gedacht – linksherum gedacht – linksher-

Es werden 20 Begriffe gesucht, die lustig oder mehrdeutig umschrieben sind. Dafür sind die unten aufgeführten Silben zu verwenden. Bei richtiger Lösung ergeben die **ersten Buchstaben** der gefundenen Wörter

die Anforderung eines bestimmten Zeitabschnittes

all – bie – che – der – der – der – ei – ein – en – eu – flü – ge – gel – ger – ger – gleich – halts – haus – haus – he – heil – jä – land – ler – lu – me – mei – men – mer – mer – mit – nacht – ne – ne – nen – on – on – plan – platz – po – ra – ran – ren – rie – ro – rö – schlag – schnei – schwarm – sen – sen – si – sied – som – spros – ster – stör – tanz – te – tel – ter – ti – ton – topf – trä – uh – un – ver – vi – wa – xen – ze – zer

1. _____
aggressive Handlung eines Musikinstrumentes

2. _____
von Italienern erfundenes Geschirr

3. _____
Obdach für deutsche Spielkarten

4. _____
Wunschbild von einer Währung

5. _____
Disko für Märchenfiguren

6. _____
Chef einiger Forstangestellter

7. _____
Arznei für den Kosmos

8. _____
Wegweiser durch das Wohnungsinventar

9. _____
Hersteller von Ruderbootzubehör

10. _____
Gesichtspunkte

11. _____
Traummann bestimmter Insekten

12. _____
sehr geringe Bevölkerung

13. _____
Radiostation für Fische

14. _____
Bauelement aus Töpfermaterial

15. _____
Falschmeldung über einen Fluß in Schleswig-Holstein

16. _____
Zitrusfrucht vom Dorfe

17. _____
Mehrzahl eines Kantons der Schweiz

18. _____
Beendigung eines Streits zwischen Zeitmeßgeräten

19. _____
nur bei Dunkelheit geöffnetes Polizeirevier

20. _____
bestimmtes Quantum von Erbfaktoren

emka

Auflösung des Rätsels 10 '04:

w.: 1. Werner; 4. Bande; 9. Muse; 10. Rau; 11. Tauber; 14. Ellen; 15. Palast; 16. Alk; 18. Eber; 20. Thea; 23. Tuba; 26. Dutt; 29. Gna; 31. Tandem; 33. Quirl; 35. Zerben; 36. neu; 37. Naab; 38. Avers; 39. Caruso –

s.: 1. Witze; 2. Raupe; 3. Esel; 4. Buett; 5. ASL; 6. Nelke; 7. Erna; 8. Puck; 12. Bart; 13. Raub; 17. Lot; 19. Bon; 21. Hinz; 22. Ader; 24. Udine; 25. Atlas; 27. Umbau; 28. Tango; 29. Gang; 30. Aqua; 32. DEFA; 34. rar –

EISBERGSALAT

BEI ANDEREN GELESEN

... Leipzig ist ein gutes Stichwort ... Leider berichtete der sächsische Kulturreport nichts von der am 12. Mai eröffneten aktuellen Ernst-Bloch-Ausstellung der Leipziger Universität. Der linke Philosoph war in der DDR ab 1957 Revisionist und Konterrevolutionär, dann bis 1990 Unperson und danach

Bloch – der Antifaschist

nichts anderes. Ein paar unverzagte Professoren wollten das nun korrigieren. Doch die Leipziger Volkszeitung teilte am 8./9. Mai mit, laut dem dortigen Archivar Prof. Wiemers sei es „noch zu früh für diese Schau“ und Bloch „sei ein Stalinist gewesen, der sich zum Opportunisten wandelte“. Wo ist da der Unterschied zu jener LVZ vom 20. 3. 1957, in der ein Artikel gegen den Philosophen erschien, der „von Beschimpfungen, groben Verleumdungen, gefährlichen Unwahrheiten“ strotzte. So Bloch in einer Beschwerde am 26. 3. 1957. Doch der subversive Denker wird weiter denunziert, nur weil sein Horizont über Politbüros und Aktienkurse hinausreichte. Was aber seinen Stalinismus betrifft, so gab es für ihn nur die Alternative Hitler oder Stalin. Selbst Trotzki erklärte sich, bevor Stalin ihn ermorden ließ, für die Verteidigung der Sowjetunion. In diesem Sinne sind wir Antifaschisten alle Stalinisten gewesen und haben es nicht zu bereuen. Alles andere wäre die opportunistische Akzeptanz herrschender Sklavensprachen.

• GERHARD ZWERENZ
IN: NEUES DEUTSCHLAND,
22./23. MAI 04

Seit die Bilder von den US-Folterpraktiken im Irak um die Welt gingen, bemüht sich Präsident Bush um Schadensbegrenzung und mimt den Ahnungslosen. Einmal will er diese Scheußlichkeiten erst aus dem Fernsehen, ein anderes Mal aus der Zeitung erfahren haben. Bush bezeichnet diese nach dem Völkerrecht verbotene Praxis der Folterung und Entwürdigung von Menschen als das Werk von „wenigen Leuten“. Spätestens seit den nie geahndeten Verbrechen der USA in Vietnam weiß die Welt, dass dies nicht die Vergehen Einzelner sind, die „Fehler gemacht“ haben, weil auch in „einer Demokratie nicht alles perfekt ist“,

Einzeltäter?

sondern genauso Bestandteil der US-Kriegsführung wie die Bombardierung ziviler Objekte. Wenn Bush diese Praktiken als unamerikanisch bezeichnet, sei hier die Frage erlaubt, ob es amerikanisch ist, Kriegsvorwürde zusammenzulügen und dabei Tausende Menschen umzubringen oder zeitweilig zu verkrüppeln. Wer soll an die Story von den Einzeltätern glauben, wenn der US-Präsident schon vorsorglich allen Ländern mit Intervention drohte, falls sie es wagen sollten, einen US-Bürger wegen Kriegsverbrechen vor Gericht

zu stellen? Solche arrogante Brückierung der Weltöffentlichkeit zeigt, dass man sich sicher fühlt, ungestraft Verbrechen begehen zu können und sie zu wollen. Es hätte sicher der Meinung der überwiegenden Mehrheit der Bundesbürger entsprochen, wenn der sie in der Außenpolitik vertretende ehemalige 68er dies genauso deutlich vor der Kamera geäußert hätte. Gegenüber Milosevic war er weniger zimperlich.

H. PURSCHE,
Leipzig

Baumfrevel?

Mit Verdruss habe ich den Leserbrief zum „Baumfrevel“ in LN Nr. 9'04 gelesen. Sicherlich ist es richtig, dass Wald- und Parkbäume, die im Kleingarten groß geworden sind, nicht willkürlich irgendwann beseitigt werden sollten. Dafür ist der Pächterwechsel der richtige Zeitpunkt. So wird es auch in Leipzig richtig gemacht.

Bereits damals, bei uns in der DDR, hatte der VKSK festgelegt, dass Koniferen und ähnliche Gehölze im Kleingarten dem Grundanliegen der Urväter, Hauschild und Schreiber, widersprechen. Die heute darüber jammern, dass ihre schönen Bäume bei Pächterwechsel entfernt werden müssen, haben sich schon damals keine Gedanken gemacht, als sie ihren Weihnachtsbaum in den Garten pflanzten; und erst recht machen sie sich heute auch wieder keine Gedanken, wenn sie im Baumarkt für viel Geld Thuja und andere Koniferen kaufen und wiederum in ihrem Garten unterbringen. Aus kleinen Bäumchen werden nun einmal große Bäume.

Wer kommt schon auf die Idee, im Wald Obstbäume zu pflanzen?

Wir Kleingärtner sollten uns des Charakters des Kleingartenwesens immer bewusst sein und ihn ständig bewahren.

JÜRGEN WEYRAUCH,
Leipzig

Bleiben „Ossi's PDS-Gesetze“ gültig?

Die Kandidaten der sächsischen PDS für die Landtagswahl im September sind bestimmt. Unter den 30 aussichtsreichen Plätzen (falls die Annahme stimmt, die PDS gewinne 25 Prozent der Stimmen) sind sechs Leipziger (LEIPZIGS NEUE 10/04). Damit ist das „PDS-Orchester spielbereit“, wie es das *Neue Deutschland* vom 10. Mai 2004 gehofft hatte. Unter diesem Titel war zu lesen, dass es vor dem Parteitag „heftige Rangeleien“ um die „lukrativen Mandate“ gegeben hatte, dass die Kandidatur der parteilosen Caren Lay umstritten gewesen war (zu ihren Verdiensten gehört, dass sie in der Lesben- und Schwulenbewegung aktiv gewesen ist und für Renate Künast Reden geschrieben hat), dass aber laut Cornelia Ernst „Kompetenz“ bei dem Vorschlag die oberste Prämisse gewesen sei.

Die sächsische PDS hat also etwas erreicht, was Bundespräsidenten wie von Weizsäcker, Herzog und Rau bei vielen Politikern vermisst haben, die fachliche Kompetenz und die moralische Integrität. Da spielte es

sicherlich keine Rolle, dass das „vom Parteitag gewählte Wahlverfahren ... Verschiebungen erschwerte und Kampfkandidaturen nicht vorsah“. Delegierte hätten von einer „Betonliste“ gesprochen, Peter Porsch dagegen habe gesagt: „Ein Orchester prügelt seine Instrumente nicht, sondern spielt darauf.“

Das Bild lässt manche Deutung zu. Eine der Fragen wäre: Wer schlägt den Takt zu welcher Melodie? Welche Töne entstehen, wenn mancher sein Instrument nicht beherrscht? Aber nun gilt: „Es geht nicht um uns, es geht um die Menschen in Sachsen und ihr Recht auf ein Leben in Menschenwürde.“ (Porsch).

Wer allerdings „Ossi's PDS-Gesetze“ kennt, ein kleines Büchlein, das Christine Ostrowski in mehreren Auflagen (ich zitiere aus der dritten von 1995) herausgegeben hat, wird stutzig. Über die „Wahlgesetze (inner-

parteilich)“ ist zu lesen: „Je näher die Wahlen, desto heftiger die innerparteilichen Querelen. Merke: Es geht immer um sichere Listenplätze, niemals um das beste inhaltliche Konzept.“

Je weiter vorn der Listenplatz sein soll, desto markanter die Behauptungen der Bewerber, es gänge keineswegs um einen vorderen Listenplatz, sondern um Kompetenz ... Über sichere Listenplätze entscheidet weder das Volk noch das Parteivolk, sondern ein Prozent der Mitgliedschaft ... Querdenker haben im Kampf um einen vorderen Listenplatz von vornherein verloren, es sei denn, sie tarnen sich mit Mittelmaß.“

Das alles war sicherlich als Satire gedacht, die übertreiben darf. Was aber, wenn Ostrowskis Erfahrungen als Insiderin von der Wirklichkeit übertroffen werden?

PROF. HORST SCHNEIDER,
Dresden

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.
Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.
Die Redaktion

Manipulation in amtlichen Papieren?

Was macht die Kommunalaufsicht angesichts dieses Skandals im Bornaer Land?

Einwohner im Bereich des Zweckverbandes Wasserversorgung Bornaer Land blättern in den gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen für die Beitragserhebung dieses Verbandes. Es geht dabei um 37,4 Millionen Euro. In der sogenannten Globalberechnung entdeckten sie Erstaunliches:

1 mal 0,1 ist 0,095

1 mal 0,9 ist 0,905

Sie lasen aufmerksamer und bemerkten neueste Erkenntnisse gehobener Mathematik:

3 mal 0,4 ist 1

3 mal 0,58 ist 1,45

3 mal 0,3 ist 0,75

Sie fragen sich: Welche entfesselte Truppe von Rechenstabkünstlern hat hier den alten Witz „3 mal 3 ist ungefähr 8,9“ gespielt?

Aber das ist kein Spiel. Nach diesem Prinzip verschwinden in dem

Schriftstück ca. 140 000 Euro. Der Verfasser des revolutionären Rechenwerks ist die *Firma Communa Consult*. Sie hat im Auftrag des Zweckverbandes Wasserversorgung Bornaer Land die sogenannte Globalberechnung in der beschriebenen Qualität angefertigt.

Wenn *Communa Consult* diese Ausarbeitung einem marktwirtschaftlichen Regeln folgenden Industrieunternehmen vorgelegt hätte, wäre wegen Bilanzfälschung viel Ärger gekommen. Bei einem Kommunalverband kommt auch viel, aber nicht Ärger, sondern Geld.

Die häufig gestellte Frage: Muss man das kleine Einmaleins beherrschen? lässt sich so beantworten: In marktwirtschaftlich geführten Unternehmen: Unbedingt!

Bei *Communa Consult*: Nein,

warum? Geld kommt auch so!

Bei einem Zweckverband: Nein, warum? Man hat in jedem Fall Recht!

Bürgermeister brauchen es auch nicht, die beschließen, was der Zweckverband vorlegt.

Eine Kommunalaufsicht braucht es auch nicht. Sie soll den Bürger nur beim Zahlen beaufsichtigen. Der Bürger fragt sich, darf man in einem Rechtsstaat sagen: So eine Berechnung kann nicht richtig sein? Bis etwa 10 Prozent darf geschummelt werden, es ist ja nicht die „richtige Wirtschaft“, sondern nur die Kommunalebene?

In mehreren Gesprächen konnte ich den korrekten sachlichen Hintergrund meines Einspruchs belegen. Ergebnis: Hinhalten, Schweigen, keine Publikation

REINHARD SCHILLING,
GROßPÖTZSCHAU

Professor Karl Georg Zinn spricht am 11. Juni auf 18 Uhr auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und der Attac-Gruppe Leipzig in der Ratstonne der Moritzbastei zum Thema:

„DER SOZIALSTAAT IN DER KRISE – EINE ALTERNATIVE DIAGNOSE“

Wenn über linke Alternativen zum derzeit dominierenden neoliberalen Zeitgeist nachgedacht wird, taucht stets der Name des englischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883–1946) auf, der in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts den weitestgehenden bürgerlichen Analyseversuch der großen Weltwirtschaftskrise von 1929/32 unternommen hatte. In seinem Aufsatz über die Ursachen der Entstehung der Keynes'schen Theorie geht der Aachener Professor Karl Georg Zinn der Frage nach, ob und unter welchen Bedingungen der im akademischen wie im politischen Zeitgeschehen marginalisierte Ungleichgewichtsansatz von Keynes für die Umsetzung einer Alternative zum Neoliberalismus wieder an Einfluss in Europa gewinnen kann. Die Überwindung der derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Krise, meint Zinn, erfordere eine weitreichende ordnungspolitische Neuorientierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik – wenn nicht gar einen Systemwechsel. Dafür seien jedoch politische Interventionen erforderlich, da die „Selbstheilung“ der Marktkräfte offensichtlich überfordert sei.

Karl Georg Zinn: *Die Zukunft eines qualitativen Keynesianismus in Europa. In: Zukunft Europas, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2004*

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN



Dienstag, 1. Juni, 18.30 Uhr, Leipzig

Meine erste Wahl – Lust oder Frust. Podiumsdiskussion mit jungen Kandidaten für den Leipziger Stadtrat. In Zusammenarbeit mit dem KOMM e. V., KOMM-Haus, Selliner Str. 7

Mittwoch, 2. Juni, 18 Uhr, Leipzig

Die Frauenlager des KZ Buchenwald und die deutsche Rüstungsindustrie. Mit Dr. Irmgard Seidel (Gedenkstätte Buchenwald) und Charlotte Zeitschel (Gedenkstätte Zwangsarbeiter Leipzig). In Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Zwangsarbeiter Leipzig und dem BdA Leipzig *** Harkortstr. 10

Mittwoch, 2. Juni, 19 Uhr, Dresden

Lebenslagen in Sachsen – Die Verteilung von Armut und Reichtum. Mit Prof. Dr. Wolfgang Scherer (Hochschule Mittweida, Fachbereich Soziale Arbeit), „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Freitag, 4. Juni, 9.45 Uhr, Berlin

Das Unabgeleitete im Kommunismus 1789–1989. III. Ständiges Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung. Mit Günter Agde, Volker Caysa, Rüdiger Dannemann, Thomas Flierl, Bernd Florath, Andreas Graf, Klaus Kinner, Elke Reuter, Helmut Seidel, Klaus Zwerenz. In Zusammenarbeit mit Helle Panke *** Kopenhagener Str. 9

Sonnabend, 5. Juni, 14 Uhr und Sonntag, 6. Juni, Chemnitz

Kolloquium zum 90. Geburtstag und 10. Todestag von Walter Janka.

Aus dem Programm: Dokumentarfilm 1989/1990: Referate von Addi Jacobi (Chemnitz), Sven Sieber (TU Chemnitz), Prof. Dr. em. Hans Lauter (Chemnitz), Dr. Werner Abel (TU Chemnitz) und Elmar Faber (Verleger, Leipzig). In Zusammenarbeit mit Rosa-Luxemburg-Club TU Chemnitz, VVN/BdA Chemnitz, Verein Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936–1939 e. V. und PDS Chemnitz. Anmeldung: Tel. 0371/5382718, Fax: 0371/5382719 E-mail: rllsachsen-chemnitz@web.de ***, Schauspielhaus Chemnitz, Kleine Bühne

Dienstag, 8. Juni, 18 Uhr, Leipzig

Vertriebene Intellektuelle nach 1933. Mit Dr. Mario Kessler (Berlin) *** Harkortstr. 10

Mittwoch, 9. Juni, 19 Uhr, Dresden

Zukunft der Jugendhilfe? Zwischen neuen Konzepten und Finanznot ... Mit Tilo Kießling (Mitglied des Jugendhilfeausschusses im Dresdner Stadtrat) und Jens Matthis (Mitarbeiter des Arbeitskreises „Jugend und Zukunft“ der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag) „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Freitag, 11. Juni, 18 Uhr, Leipzig

Der Sozialstaat in der Krise – eine alternative Diagnose. Mit Prof. Dr. Karl Georg Zinn (Rheinisch-Westfälische TH Aachen). In Zusammenarbeit mit Attac Leipzig *** Moritzbastei, Ratstone, Universitätsstr. 9

Sonnabend, 12. Juni, Chemnitz

Straßenfest gemeinsam mit dem Verein „Klinke e. V.“. Mit Katja Kipping (MdL) Soziokulturelles Zentrum Querbeet, Rosenplatz 4

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Polnische Ostsee, deutsche
Hotelpension 22,00 € ÜF
Tel.: 00 48 91-3 81 11 72, www.hsta.pl

Unserem Genossen

Claus Schneider

zum

70. Geburtstag

beste Wünsche und

herzlichen Dank

für die geleistete Arbeit

Die Genossen der BO 232
im Ortsverband der PDS
Gohlis-Nord

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

4. und 5. 6., 19 Uhr (Premiere):
Is(s) was, Jugendtheaterprojekt –
ab 13 Jahre

8. und 9. 6., 10 und 14 Uhr
(letztmalig): **Ein Schneemann
im Sommer** – ab 4 Jahre

11. und 12. 6., 20 Uhr (letztmalig),
Werk II, Halle A: **Rattenfänger
oder mach weg das Nazi.**
Jugendtheaterprojekt – ab 15
Jahre

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
Straße des 18. Oktober 10a

3. 6., 19 Uhr: **Bürgerstammtisch
mit den Wahlkreis-kandidaten der
Stadtratsparteien**

Initiative

Christliche Linke

7. 6., 18 Uhr, Gemeindesaal der
Nikolaikirche Leipzig. Gerhard
Schöber, Religionswissenschaftler:
**Die gute Art zu leben oder: der
sogenannte Urkommunismus nach
dem Neuen Testament**

Deutscher

Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

10. 6., 16.30 Uhr: **Freidenker –
Freimaurer.** Ein Rundtischgespräch

Familienfest zum Internationalen Kindertag

AM 1. JUNI, 14–18 UHR IN LEIPZIG-GRÜNAU

an und in der „Völkerfreundschaft“, Stuttgarter Allee, mit

- Tauschmarkt für und mit Kindern
- Kulturgruppen Kleine Quelle, Sonnenschein, Queens
- Sportvorführung Teakwondo, Trickfilme non stopp
- Simultanschach mit FIDE-Meister Gottfried Braun
- Sportliches Kräftemessen und kreative Spielanregungen

Mit dabei: **Klaus Köste** – Turnweltmeister, PDS-KandidatInnen fürs Europäische Parlament und den Stadtrat

Ab 18.30 Uhr **Forum mit Sylvia-Yvonne Kaufmann**, PDS-Spitzenkandidatin für das Europäische Parlament

BUCHHANDLUNG RIJAP

Literatur für SIE

Im Juni neu bei uns:

Peter Böthig (Hrsg.): Christa Wolf. Eine Biografie in Bildern und Texten (Original von Christa Wolf signiert – solange Vorrat reicht). Luchterhand Literaturverlag, 35 Euro

Craig Unger: Die Bushs und die Sauds. Piper, 19,90 Euro

Hermann Weber, Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biografisches Handbuch 1918–1945. Dietz Berlin, 49,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

MARXISTISCHES FORUM LEIPZIG

und „Rotfuchs“, Regionalgruppe Leipzig

laden ein zum Forum mit Dr. Dieter Götze:

Soziale Probleme der Stadtentwicklung

– **Aufgaben linker Kommunalpolitik**

am 7. 6., 18 Uhr, im Liebknecht-Haus Leipzig, Braustr. 15



Die PDS-Fraktion
im Stadtrat zu Leipzig

lädt

für den 4. Juni 2004, 16.00 Uhr

zu einer

Diskussionsrunde
mit den Vorständen der

Kleingärtnervereine

zur Kleingartenkonzeption der
Stadtverwaltung

ein

Ort: Neues Rathaus, Stadtratssaal

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündigt.

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Stasi war gestern – es lebe die Kasi!

Der gesamtdeutsche Staat ist ein überperfekter Schnüffel- und Spitzelstaat. Für diese Erkenntnis muss man all die Aktenberge aus den Stasi-Archiven mit den sich heute auftürmenden gar nicht körperlich miteinander vergleichen. Etwas Phantasie genügt. Der heutige Bundesbürger hat nicht nur eine oder zwei Akten, in der Regel hat er deren viele. Beim Finanzamt, bei der Schufa, bei der Arbeitsagentur oder beim Sozialamt und natürlich beim Arbeitgeber, so er einen hat. Und wer irgendwie auffällig geworden war, der hat auch noch Akten beim Verfassungsschutz oder bei der Polizei. Autofahrer werden in Flensburg überwacht, um nur einige zu nennen.

Wenn 60 Millionen Bundesbürger über 18 Jahre auch nur eine einzige Akte mit fünf Zentimeter Dicke besitzen würden, wären das aneinandergereiht 3000 Kilometer laufende Akten. Eine Strecke von Berlin bis an die portugiesische Atlantikküste.

Alles wird gespeichert. Vor allem die persönlichen Daten, die Vermögensverhältnisse und die Auffälligkeiten des wirtschaftlichen Tuns. Jedermann kann sich auf diese Daten Zugriff verschaffen, wenn er ein vages Interesse an diesen Daten vorweisen kann und für die Informationen bezahlt. Da ist selbst der Begriff des „IM“ im heutigen Deutschland allgegenwärtig. Private Detekteien und Auskunftsbüros verdienen ihr Geld mit der Überwachung und Bespitzelung der Bürger im Kundenauftrag und lechzen förmlich danach, Informationen los zu werden. Für staatliche Behörden, Ämter, Banken und Firmen. Auf diese Weise hält sich der Staat scheinbar raus aus der allgemeinen Schnüffelpraxis, doch letztlich hat er ja den gesetzlichen Rahmen dafür geschaffen, dass diese Praktiken überhaupt möglich sind.

Wer im heutigen Deutschland von irgendjemanden etwas will, muss eine Gegenleistung in Form der Offenlegung seiner Daten erbringen und in Kauf nehmen, dass damit seine persönliche Freiheit eingeschränkt wird. Er hat dann nämlich keinerlei Einfluss mehr darauf, wie mit seinen Daten weiter verfahren wird. Ein Bankkonto gibt es nur nach Unterzeichnung der Schufa-Klausel, und auch durch den Fiskus wird der Bürger dazu verdonnert, alle seine wirtschaftlichen Verhältnisse offen zu legen. Das ist die neue Qualität im Unterschied zu den Stasipraktiken in der DDR. Der Bundesbürger muss sich freiwillig der Überwachung aussetzen. Kontrolliert wird nur, ob seine Angaben der Wahrheit entsprechen, denn der Staat und seine Oberen misstrauen ja ihren Bürgern. Und so hat sich in Deutschland eine konspirativ tätige, noch namenlose Organisation gebildet, die sich analog zur Stasi den Namen KASI verdient hat – Kapitalsicherheit!

In der DDR glaubte man ja, dass das politische Denken und Handeln einiger Leute die Grundpfeiler der Gesellschaft zerstört. Die politische Tragbarkeit von Personen stand deshalb im Vordergrund. In einem Land aber, in dem das Kapital diktiert, geht es in erster Linie um die wirtschaftliche Tragfähigkeit von Personen, besonders um jene, die nur wenig besitzen und am Ende der Nahrungskette des Kapitals leben müssen. Sie werden bespitzelt und verfolgt, damit das Kapital der Vermögenden erhalten, vermehrt und nicht angegriffen werden kann. Die KASI sorgt dafür, dass die Reichen weitgehend unbehelligt immer reicher und die Armen deshalb immer ärmer werden.

• MARC RANSTETTER

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

Öffentlich- rechtlicher Atavismus

Dass die Geschichte das „moderne“ Europa mit zwei Handvoll Monarchien gesegnet hat, ist ein gewiss nicht so bald aus der Welt zu schaffendes Relikt und für manche Medien geradezu ein Lebenselixier. Wenn aber das öffentlich-rechtliche Fernsehen seinen Zuschauern am 14. Mai über vier Stunden lang live die kronprinzliche Hochzeit von Kopenhagen serviert – und das noch parallel im ersten und im zweiten Programm (sozusagen mit Hosenträger und Gürtel)! –, dann fragt man sich schon, ob es sich nicht damit begnügen könnte, die gestrige Gesellschaft und die gestrige Lebensweise zu hofieren statt der vorgestrigen. Aber wie die Etablierung der Zarenfahne in Russland, die monarchischen Ambitionen in Bulgarien und auch der achtungsvolle Umgang mit den blaublütigen Deutschen zeigen, folgt es damit nur dem Trend der Zeit: Lieber zwei Schritte zurück als einen nach vorn. Europa, das musst du wohl noch eine Weile aushalten. Das nächste Spektakel, diesmal am spanischen Hofe, folgte schon eine knappe Woche später...

• G. L.

FUNDSACHEN



Greser & Lenz, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 23. 5. 04

Ein letztes Mal Limericks

**Albrecht Koenitz
Dresden**

*Er wollt' nicht so viel rote Fahnen,
drum tat er den Honecker mahnen,
rief: „Wir sind das Volk!“
... und hatte Erfolg:
jetzt arbeitslos, aber Bananen.*

*Als Wahlkämpfer stets nur die
Besten!
Drum kommt die Frau Merkel nach
Dresden.
War einst ef-de-jot,
jetzt heißt es: „Grüß Gott“.
's wär' besser, sie bliebe im
Westen.*

LN dankt allen unermüdlich Limericks reimenden Lesern und hofft, dass diese Versart auch unserer nicht dichtenden Leserschaft Spaß gemacht hat.

Wanderungen durch Neufünfland

Wenn Strittmatter das noch erfahren hätte ...

Wo Wanderer rasten, werden Neuigkeiten ausgetauscht. Auf einer Lausitzer Waldbank erfuhr ich, dass Brüssel auch Nützlichliches fördert. So zum Beispiel einen Laden in Hornow bei Döbern, der zwei Stunden nach der Eröffnung leergekauft war. Nicht dank seiner Schnäppchenpreise, sondern dank seines Namens: „Strittmatter-Laden“. Damit nicht genug. Bis 2006 sollen drei Millionen Euro im „Strittmatter-Land“ investiert werden. Niemand wusste eine Antwort darauf, ob sie in Brüssel Strittmatter in der Bibliothek zu stehen haben oder ob ein Abgeordneter seine Werke unter die Obrigkeit gebracht hatte. Wir jedenfalls waren uns einig, dass Erwin stolz darauf wäre, wenn er erfahren würde, dass sein Name Not lindern hilft.

Einig waren wir uns auch, dass er sicher ebenso empört gewesen wäre, hätte er in unserer Runde erfahren, dass sie in Saalfeld für Pfingsten eine Nazi-Kundgebung erlaubt haben. Einer, der aus dem Thüringer Wald kam, wusste, dass der Vize-Landrat Folger (SPD) erklärt hatte, das

Recht auf freie Meinungsäußerung „habe einen hohen Rang“. Garantiert hätte sich Strittmatter zu denen bekannt, die nun am Tag zuvor auf dem Marktplatz zu einem „Pfingstmarkt“ eingeladen haben. 35 Vereine und Verbände trugen sich in wenigen Stunden in die Teilnehmerliste ein. Und was hätte der Dichter wohl zu den Sorgen der Rudolstädter gesagt? Die stecken mit ihrem Flughafen in der Klemme, weil sie ihn erst priesen und auf Hochglanz brachten und nun nicht wissen, woher sie 200 000 Euro nehmen sollen, die sie an Fördermitteln kassierten und zurückzahlen müssen, wenn sie ihn wieder schließen. Vielleicht hätte Strittmatter gefragt, wer da denn überhaupt fliegt, und erfahren, dass es einheimische Unternehmer sind, die sich das aufwändige Hobby leisten und bisher noch nicht mal auf die Idee kamen, Arbeitslose zu Rundflügen über die blühenden Landschaften einzuladen. Dann hätte man wenigstens eine ABM-Maßnahme daraus machen können ...

• KLAUS HUHN

**Leipzigs
NEUE**

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERG-digital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c,
04420 Markranstädt Tel.: 034205/18 010,
Fax: 034205/18 062 E-Mail:
bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
25. Mai
Die nächste Ausgabe erscheint am
11. Juni